

40 Jahre Bundeswehr Fünf Jahre Armee der Einheit

Wir danken heute der Bundeswehr für ihre Leistungen im Dienste unserer freiheitlichen Demokratie. Die Bundeswehr ist jetzt vierzig Jahre alt. Seit fünf Jahren dient sie als Armee der Einheit. Unser Dank und unsere Anerkennung gelten ihr für den Beitrag, den sie in dieser Zeit für Frieden und Freiheit geleistet hat. Ich spreche diesen Dank im Namen vieler Mitbürger und Mitbürgerinnen aus.

Wir haben uns in diesem Jahr aus gutem Grund in vielen Diskussionen und auch in nachdenklichen Gesprächen an das Ende des Zweiten Weltkriegs erinnert. Die Bundesrepublik Deutschland hat seither –

Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 27. Oktober im Deutschen Bundestag

gemeinsam mit ihren Freunden und Partnern in Europa und in Nordamerika – einen guten, einen erfolgreichen Weg zurückgelegt. Und wir erinnern uns dankbar an die große Aufbauleistung in den vergangenen fünfzig Jahren.

Seit fünf Jahren ist Deutschland wiedervereint. Wir haben allen Grund zur Zuversicht, daß Friede und Freiheit unserem Volk erhalten bleiben, wenn wir den Willen haben, unsere Freiheit zu verteidigen. Frieden und Freiheit bedingen einander; sie sind unlösbar miteinander verbunden.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● PDS

„Ob friedlich oder militant – wichtig bleibt der Widerstand“. Gerd Languth über die SED-Nachfolge-Partei. Seite 14–22

● SPD

Generalsekretär Peter Hintze zu den europapolitischen Äußerungen von Scharping: Unseriöse Panikmache. Seite 24

● Ausbildungsförderung

Herbert Reul: Zu den jetzt vorgelegten Plänen gibt es keine vernünftige Alternative. Seite 32

● Junge Union

„Bock auf Multi-Media“ – die junge Generation will schnelle Datennetze. Deutschlandtag in Fulda. Seite 36

● Dokumentation

Jürgen Rüttgers: Wir laden alle Menschen in Deutschland ein, in unserer Zukunftswerkstatt mitzumachen. Einführungsrede in „Die Tagesordnung der Zukunft – Arbeitsprogramm auf dem Weg in das 21. Jahrhundert“ und die Berichte aus den Foren auf dem 7. Parteitag in Karlsruhe. Grüner Teil

Fortsetzung von Seite 1

Vor fünfzig Jahren begann die längste Friedensperiode der neueren deutschen Geschichte. Die Bundeswehr hatte und hat ihren eigenen, ganz wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung. Ohne die Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland für die politische und militärische Integration in die westliche Gemeinschaft wäre all dies nicht denkbar gewesen. Wir können stolz sein auf unsere Bundeswehr. Ihre Einsatzbereitschaft und ihr Ausbildungsstand finden hohe internationale Anerkennung.

Die Bundeswehr ist die erste Wehrpflichtarmee einer Demokratie in Deutschland. Ihr Leitbild ist der Bürger in Uniform. Persönliche Freiheit, Menschenwürde und Recht sind die Fundamente ihrer inneren Verfassung; sie bestimmen ihren Auftrag seit ihrer Gründung.

Die Bundeswehr war Teil eines fundamentalen Neuanfangs – politisch und moralisch. Ihr Selbstverständnis und ihre Tradition sind ganz wesentlich von den freiheitlichen Werten der deutschen Militärgeschichte geprägt, wie sie sich etwa mit Namen von Reformern wie Scharnhorst verbinden. Der Geist des deutschen Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur gehört ebenso zum ethischen Fundament, auf dem die Bundeswehr seit ihrer Gründung aufbaut. Ich nenne hier aus gutem Grund vor allem die Männer und Frauen des 20. Juli 1944.

Als im Jahr 1950 erste Überlegungen zu einem möglichen Beitrag Deutschlands zur Verteidigung Westeuropas angestellt wurden, stand die deutsche Politik noch ganz im Banne der Katastrophe, die der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg verursacht hatten. Damals ließ sich Konrad Adenauer von vier Einsichten leiten, die untrennbar zusammengehörten:

Erstens: Die Bundesrepublik Deutschland konnte Freiheit und Sicherheit nicht aus eigener Kraft erhalten und fördern; sie brauchte den Schutz anderer, allen voran der Vereinigten Staaten von Amerika.

Zweitens: Um die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen, war ein aktiver Beitrag zur Verteidigung des Westens notwendig.

Drittens: Sicherheit für Deutschland und Sicherheit vor Deutschland – wie unsere Nachbarn es damals sahen –, dieser scheinbare Gegensatz der Nachkriegspolitik konnte nur durch eine konsequente Politik der Westintegration gelöst werden. Ein zusammenwachsendes, friedliches, stabiles und prosperierendes Westeuropa würde dann **viertens** auch eine Anziehung- und Ausstrahlungskraft entfalten, die die Einheit ganz Europas und die Wiedervereinigung Deutschlands begünstigen müßte. Die Integration war fortan Ziel und Gestaltungsprinzip deutscher Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Integration sollte Europa Frieden und Freiheit sowie Deutschland die Einheit bringen. Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO am 5. Mai 1955 und die Aufstellung der Bundeswehr nur zehn Jahre nach Kriegsende waren ein historischer Schritt. Heute wissen wir: Es war der richtige Schritt. Die Geschichte hat Konrad Adenauer recht gegeben.

Am 12. November 1955 händigte der erste Bundesminister der Verteidigung, Theodor Blank, den ersten freiwilligen Soldaten der neuen Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland hier in Bonn ihre Ernennungsurkunden aus. Gewaltige Schwierigkeiten waren zu überwinden. Sie wurden rasch gemeistert. Insbesondere unter der tatkräftigen Führung von Franz Josef Strauß wurden der Aufbau und die Struktur der Bundeswehr in den ersten Jahren entscheidend vorangebracht.

Aber auch alle Nachfolger von Franz Josef Strauß im Amt des Verteidigungsmini-

Rainer Eppelmann:

Aus Feinden wurden Kameraden

Ein weitverbreitetes DDR-„Wörterbuch der Geschichte“ charakterisierte die Bundeswehr als „wichtigstes bewaffnetes Machtorgan des staatsmonopolistischen Regimes der BRD, dessen innenpolitische Funktion die Sicherung der monopolkapitalistischen Klassenherrschaft ist und dessen außenpolitische Funktion darin besteht, expansionistische Ziele unter militärischer Gewaltanwendung erreichen zu können“.

Die Verweigerung des Waffendienstes gehörte in der DDR zu den wichtigsten Motiven für Widerstand und Opposition. Ich selber wurde endgültig zu einem politischen Menschen, als ich mich zum Dienst in den Baueinheiten der NVA entschloß und das Gelöbnis verweigerte, in dem ich meinen militärischen Genossen Vorgesetzten „unbedingten Gehorsam“ versprechen sollte. Nach dem Sturz der SED-Diktatur wurde aus dem Bausoldaten ein Minister.

Ich legte großen Wert darauf, daß das Ministerium, an dessen Spitze ich berufen wurde, sich „Ministerium für Abrüstung und Verteidigung der DDR“ nannte. Wir begannen zu begreifen, daß die Vereinigung in Frieden und Freiheit nur dann möglich sein würde, wenn es gelingt, die Vereinigung von NVA und Bundeswehr erfolgreich zu gestalten.

Der Verteidigungsminister hat diese Vereinigung als „eine Leistung“ gewürdigt, die „historisch ohne Beispiel ist“. Ich kann das nur bestätigen: Die Integration ist beispielhaft gelungen! Aus Menschen, die sich als Feinde gegenüberstanden, sind Kameraden geworden. In der gesamtdeutschen Bundeswehr ist jenes Vertrauen gewachsen, das Menschen brauchen, die sich im Ernstfall aufeinander verlassen müssen.

Die Bundeswehr ist zu einer Schmiede der Integration und der deutschen Einheit geworden.

sters, Kai-Uwe von Hassel, Gerhard Schröder, Helmut Schmidt, Georg Leber – ihn nenne ich mit besonderer Sympathie –, Hans Apel, Manfred Wörner, Rupert Scholz und Gerhard Stoltenberg, haben einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, daß die Bundeswehr das wurde, was sie heute ist. Wir schulden allen herzlichen Dank.

Mehr als acht Millionen Männer und Frauen haben in den vergangenen vier Jahrzehnten in der Bundeswehr ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens und der

Freiheit geleistet. Dazu gehören auch bereits über 200 000 Wehrpflichtige aus den neuen Bundesländern, die in den letzten fünf Jahren ihren Dienst getan haben.

Wenn ich die Leistungen der Angehörigen unserer Bundeswehr anspreche, dann will ich in diesen Dank ganz ausdrücklich deren Ehepartner und Kinder einbeziehen. Ihnen wurden und werden oft große persönliche Opfer bei der Gestaltung des gemeinsamen Lebensweges zugemutet. Auch dies verdient unseren besonde-

ren Respekt und unsere besondere Anerkennung.

Unsere Streitkräfte haben im Einigungsprozeß Außergewöhnliches geleistet: im Zusammenführen der Soldaten und im Beisein des sich neu entwickelnden Zusammenlebens ebenso wie in der militärischen Integration. Seit dem 3. Oktober 1990 – ich finde, dies ist etwas, was alle zur Kenntnis nehmen sollten – hat sich am Beispiel der Bundeswehr gezeigt, was erreichbar ist, wenn Deutsche aus Ost und West aufeinander zugehen und sich mit Tatkraft und mit Offenheit im Umgang miteinander einer gemeinsamen Aufgabe widmen. Es waren große Anstrengungen nötig, um die Nationale Volksarmee aufzulösen, ihre Einrichtungen und Geräte zu übernehmen und zugleich die Bundeswehr in den neuen Ländern aufzubauen.

Noch wichtiger als diese Entscheidungen im mehr technischen Bereich war es, die Aufgabe zu lösen, das menschliche Miteinander zu gestalten. Die Bundeswehr hat Streitkräfte zusammengeführt, die einmal verschiedenen Bündnissystemen angehört haben. Die Integration von 11 000 ehemaligen Soldaten der NVA in die Bundeswehr ist eine Leistung, die historisch wohl einmalig ist; ich sage dies voller Respekt.

Die Bundeswehr muß sich heute auf vielfältige neue Aufgaben einstellen. Dies erfordert eine Umgliederung, die sich zum Teil sehr schwierig gestaltet. Ich finde, daß auch diese Anstrengung in der Öffentlichkeit viel zu wenig gewürdigt wird. Denken wir an die Widerstände, auf die der notwendige Strukturwandel in anderen Bereichen unserer Gesellschaft stößt, so ist die Bereitschaft der Soldaten der Bundeswehr zum Umdenken alles andere als selbstverständlich.

Es ist im übrigen schon bemerkenswert – auch das gehört in diese Stunde –, daß ge-

rade jetzt in vielen Standorten in der Bundesrepublik Deutschland der Wirtschaftsfaktor Bundeswehr neu entdeckt wird. Ich kann mich noch gut an die vielen Proteste gegen Manöverschäden und vieles andere mehr erinnern. Diese neue Wertschätzung tut der Bundeswehr gut, übrigens auch den alliierten Streitkräften.

Jahrelang konnte ich beispielsweise in meiner Heimat die törichte Parole „Ami go home“ an den Wänden lesen. Jetzt schreiben mir zum Teil die gleichen Bürgermeister, die damals für diese Parole einstanden, erbitterte Briefe und fordern den Verbleib unserer Freunde und Partner. So ändern sich die Zeiten. Auch das gehört zum Bild der Gegenwart.

Die existentielle Bedrohung unseres Landes ist nach dem Ende von Ost-West-Konflikt und Kaltem Krieg verschwunden. Die internationale Lage hat sich in den letzten Jahren grundlegend, ja dramatisch verändert. Die internationale Verantwortung Deutschlands ist nach der Wiedervereinigung gewachsen.

Deutschland braucht auch weiterhin Streitkräfte, die zur Landesverteidigung befähigt bleiben. Sie müssen aber auch im Bündnisrahmen zur Krisenreaktion fähig sein und schließlich für die Völkergemeinschaft zur Verfügung stehen, wenn unsere Hilfe geboten erscheint.

Schon in der Vergangenheit – auch das gehört zur Geschichte der letzten vierzig Jahre – hat sich die Bundeswehr in zahllosen Hilfseinsätzen und in neuen Einsätzen im Rahmen internationaler Friedensmissionen vielfach bewährt. Auf diese Tradition des Helfens kann die Bundeswehr in einer besonderen Weise stolz sein.

So hat sie bei Sturmfluten, Schneekatastrophen, Waldbränden, Hungersnöten, Erdbebenkatastrophen und Überschwemmungen vielen Menschen Hilfe leisten

können. Ich erinnere vor allem an die Hilfsaktion während der Sturmflut im Februar 1962 in der Küstenregion zwischen Hamburg und Bremen, bei der rund 40 000 Soldaten der Bundeswehr im Einsatz waren. Unvergessen bleibt, wie damals die Bundeswehr den Menschen in Not Beistand geleistet hat.

Zugleich unterstützt unsere Bundeswehr die Vereinten Nationen dabei, deren Aufgaben bei der Friedenssicherung zu erfüllen. Wesentlich ist, daß wir unseren Bündnispartnern zur Seite stehen, wenn es darauf ankommt, bedrängten Menschen zu helfen und dem Frieden zu dienen, so wie unsere Verbündeten über vier Jahrzehnte für uns und unsere Sicherheit und nicht zuletzt für die Freiheit Berlins einstanden.

Die Soldaten unserer Partner zeigen im früheren Jugoslawien, was Solidarität bedeutet. Stellvertretend für sie alle nenne ich die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und Belgien. Das gilt auch für unsere italienischen Freunde, die auf ihrem eigenen Territorium einen wichtigen Beitrag leisten.

Vor wenigen Monaten haben Bundesregierung und Bundestag den Einsatz von Bundeswehreinheiten zum Schutz und zur Unterstützung der schnellen Eingreiftruppe im früheren Jugoslawien beschlossen. Unsere Soldatinnen und Soldaten erfüllten dort eine Pflicht, die das vereinte Deutschland im Rahmen der Völkergemeinschaft wahrnimmt. Sie leisten damit einen Dienst für uns alle, vor allem jedoch für die leidenden Menschen in dieser Region.

Wir hoffen zuversichtlich, daß die sich jetzt bietende Chance zum Frieden genutzt wird. Mit dem Kabinettsbeschluß vom Dienstag dieser Woche zur Unterstützung der multinationalen Friedenstruppe bei der Umsetzung einer künftigen Friedens-

vereinbarung wollen wir dazu unseren Beitrag leisten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stehen heute vor vielfältigen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Diese können wir nur gemeinsam mit unseren Partnern und Freunden bewältigen. Jüngstes Beispiel ist die Gründung des Deutsch-Niederländischen Korps vor gerade zwei Monaten. Welchen Weg wir in diesen Jahrzehnten zurückgelegt haben, veranschaulicht unter anderem die Tatsache, daß deutsche und niederländische Offiziere sich als Kommandeure dieses Korps abwechseln und damit bedeutende Teile der Streitkräfte der jeweils anderen Nation befehligen werden. Vor vierzig, vor dreißig oder noch vor zwanzig Jahren hätten wir dies gemeinsam für unmöglich erachtet.

Daß das nicht mehr unmöglich ist, ist eine großartige Entwicklung, für die wir dankbar sind. Wie weit wir in Europa dabei fortgeschritten sind, verdeutlicht auch die enge deutsch-französische Zusammenarbeit in Eurokorps, vor allem aber in der deutsch-französischen Brigade. Ein weiteres Beispiel für die sich immer noch weiterentwickelnde militärische Zusammenarbeit im Bündnis ist die verstärkte deutsch-amerikanische Integration auf Korpsebene. Mit all diesen nicht mehr rein national besetzten Stäben und Verbänden bringen wir gemeinsam mit unseren Partnern im Bündnis unseren festen Willen zum Ausdruck, uns den sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit zu stellen.

Vor allem die Vereinigung wichtiger Teile der deutschen Streitkräfte mit Einheiten europäischer Verbündeter weist weit in die Zukunft. Sie dient dem Ausbau der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität, und sie stärkt zugleich den europä-

schen Pfeiler in der Atlantischen Allianz.

Die enge Zusammenarbeit der Bundeswehr mit Truppenteilen anderer Bündnispartner in gemeinsamen Verbänden ist für die Männer und Frauen, die hier zusammenarbeiten, zugleich, wie ich denke, eine gute Chance der Begegnung. Hier können sich Freundschaften zwischen Angehörigen verschiedener Nationen im Alltag bewähren. Man hat die Chance, sich besser kennenzulernen.

Zugleich leistet die Bundeswehr im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden einen aktiven Beitrag zur Heranführung der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas an die Strukturen der Atlantischen Allianz.

Die jüngsten gemeinsamen Manöver beispielsweise in Polen sind ein deutlicher Ausdruck für den Geist der Verständigung und Zusammenarbeit, der diese Länder mit der NATO verbindet. In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich auch die Paten- und Partnerschaften zwischen grenznahen deutschen Garnisonen und polnischen und tschechischen Einheiten.

Wer als Soldat durch Gelöbnis oder Eid bekundet, unserer Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, der hat Anspruch auf die Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte. Er hat Anspruch auf die Unterstützung des ganzen Volkes. Denn von ihm wird erwartet, daß er in letzter Konsequenz bereit ist, Gefahren für Leib und Leben in Kauf zu nehmen. Gerade in diesen Tagen denken wir in Trauer an jene Soldaten, die in Ausübung ihres dienstlichen Auftrags ihr Leben verloren haben.

Wir sollten niemals vergessen: Es ist die junge Generation unseres Landes, die in der Bundeswehr ihren Dienst tut. Aus der Sicht meiner Generation kann ich sagen: Es ist die Armee unserer Söhne. Als verant-

wortungsbewußte und engagierte Mitbürger stellen sie sich für uns alle in eine besondere Pflicht.

Wehrpflicht ist und bleibt Ausdruck der Bürgerverantwortung in einer freiheitlichen-demokratischen Grundordnung. Der Wehrdienst ist die vom Grundgesetz vorgesehene Normalität. Die Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen ist die Ausnahme. Ich sage das so bewußt, weil es manche im Lande gibt, die dies andersherum haben möchten.

Wer Rechte hat, hat auch Pflichten. Es gehört, wie ich denke, zum Erziehungsauftrag unserer Bildungseinrichtungen, an diese einfache Wahrheit immer wieder zu erinnern. Überall kann davon nicht mehr die Rede sein.

Ich füge ganz ausdrücklich hinzu: Ich habe großen Respekt vor denen, die Ersatzdienst leisten. Diejenigen, die ihren Dienst in Krankenhäusern, auf Intensivstationen oder in Pflegeeinrichtungen für Schwerstbehinderte tun, verdienen ebenfalls unsere Anerkennung. Gleichwohl wiederhole ich: Der Wehrdienst ist der vom Grundgesetz, unserer Verfassung, vorgesehene Regelfall.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich wünsche mir für diese Wochen der Erinnerung an vierzig Jahre Bundeswehr, daß möglichst viele in unserem Land darüber nachdenken, welchen Weg wir in diesen vier Jahrzehnten genommen hätten, wenn die Soldaten der Bundeswehr ihre Pflicht nicht erfüllt hätten.

Konrad Adenauer hat anläßlich seines Appells vor den Soldaten der im Aufbau begriffenen Bundeswehr am 20. Januar 1956 in Andernach gesagt – ich zitiere –:

Das deutsche Volk sieht in Ihnen die lebendige Verkörperung seines Willens, seinen Teil beizutragen zur Verteidigung der Gemeinschaft freier Völ-

Volker Rühle: Der Schutz von Freiheit und Recht ist eine Angelegenheit aller Bürger

Es sind diese Werte - Freiheit und Menschenwürde, Recht und Frieden, Solidarität mit Verbündeten und Hilfe für Menschen in Not – die den Dienst der Soldaten der Bundeswehr seit vierzig Jahren bestimmen.

Als sie gegründet wurde, war sie etwas Neues: die erste Armee in einer Demokratie in Deutschland, Soldaten als Staatsbürger in Uniform, Befehl und Gehorsam an Gesetz und Gewissen gebunden. Die Bundeswehr ist aber auch die erste deutsche Armee, die in ein Bündnis von parlamentarischen Demokratien integriert ist - mit einer europäischen und transatlantischen Orientierung. In vielen europäischen Krisen der Nachkriegszeit haben Bundeswehr und Nordatlantisches Bündnis der Bundesrepublik Rückhalt gegeben; die Bundeswehr war und ist das Rückgrat der NATO-Verteidigung in Mitteleuropa.

Ohne die Festigkeit und Solidarität un-

serer Verbündeten in der NATO, allen voran die Vereinigten Staaten, hätte es keine Einheit gegeben. Acht Millionen Deutsche, die bis heute in der Bundeswehr dienen, haben an diesem historischen Erfolg ihren persönlichen Anteil.

**Aus der Rede von
Bundesverteidigungsminister
Volker Rühle
anlässlich des Festaktes
„Vierzig Jahre Bundeswehr -
fünf Jahre Armee der
Einheit“ am
9. Oktober 1995 in Erfurt**

Frieden gibt es nicht ohne Freiheit. Freiheit behält nur der, der zu ihrer Verteidigung fähig und entschlossen ist. Der Schutz von Freiheit und Recht ist eine Angelegenheit aller Bürger.

ker, der wir heute wieder mit gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen angehören. Dieser unser Beitrag und die enge Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten ... bedeuten für uns mehr als eine vertragliche Verpflichtung; sie sind uns eine Herzenssache.

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr – in Heer, Luftwaffe und Marine – haben ihren Einsatzwillen und ihre Leistungsfähigkeit in den letzten vierzig Jahren immer wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Das persönliche Engagement

aller Bundeswehrangehörigen – der Männer und der Frauen, der Wehrpflichtigen, der Zeit- und Berufssoldaten, der Reservisten, der Beamten und der Arbeitnehmer – wird auch in Zukunft die notwendige Einsatzbereitschaft und -fähigkeit verbürgen. Nur so können wir Frieden und Freiheit gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern sichern und garantieren.

Wir können uns – ich glaube, das ist ein wichtiges Bekenntnis von uns allen – auf diese Bundeswehr verlassen, eine Armee des Friedens, unsere Armee, auf die wir stolz sein können. ■

Haushalt '96: Stabilitätssignal

Zum Abschluß der Beratungen des Bundeshaushalts 1996 im Haushaltsausschuß erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth, der haushaltspolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Weng, und der Vorsitzende des Arbeitskreises Finanzen und Haushalt der CSU-Landesgruppe, Bartholomäus Kalb:

Deutlicher Rückgang der Ausgaben

Erstmals nach über vier Jahrzehnten werden die Ausgaben des Bundes 1996 deutlich zurückgehen, nämlich bereinigt um rd. eineinhalb Prozent. CDU/CSU und FDP festigen damit die Voraussetzung für die von der Koalition beschlossene Senkung der Steuerlast bis zum Jahr 2000. Bei Gesamtausgaben von 451,5 Mrd. DM, überschreitet die Nettokreditaufnahme mit 60,1 Mrd. DM nicht die von der Koalition im Sommer dieses Jahres festgelegte Größenordnung. Trotz der deutlich sinkenden Gesamtausgaben erreichen die Investitionen mit über 65 Mrd. DM ein konjunkturpolitisch beachtliches Niveau; diese Sachinvestitionen stärken die für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland wichtige öffentliche Infrastruktur.

Das Einhalten der Haushaltseckwerte bei den Ausgaben und dem Schuldenlimit unterstreicht, daß die Koalition in puncto Haushaltsdisziplin zu keinen Konzessionen bereit ist.

Unerwartete Belastungen vollständig ausgeglichen

Das Gesamtergebnis macht deutlich: Die Koalition hat zusätzliche Belastungen von fast 20 Mrd. DM, nämlich Steuerminde-

einnahmen in Höhe von rd. 13 Mrd. DM – allein für den Bund – und zusätzliche Ausgaben für die Arbeitslosen in Höhe von über 6 Mrd. DM vollständig ausgeglichen. Im parlamentarischen Haushaltsverfahren haben wir alle Versuche erfolgreich abgewehrt, den Ausgaberrahmen auszuweiten.

Die Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt werden durch Einsparungen bei anderen Ausgaben, insbesondere beim Verwaltungsaufwand, bei den Zinsausgaben und den Zinszuschüssen gedeckt; die Steuermindereinnahmen werden schwerpunktmäßig durch Mehreinnahmen aus Privatisierungen aufgefangen. Soweit die Steuermindereinnahmen auf der erfreulich niedrigen Inflationsrate beruhen, sollten sie nicht als Unglück angesehen werden; bedeuten sie doch auch geringere sogenannte „heimliche Steuererhöhungen“.

Wichtig ist außerdem: Die zielorientierte Ausgabenbegrenzung fördert auch nach Auffassung der Bundesbank und der Institute Stabilität und Wachstum, die Grundlagen für mehr Arbeitsplätze, nachhaltiger, als kurzatmige Ausgabenexpansion („Konjunkturprogramme“), die im übrigen die Handlungsspielräume künftiger Haushalte weiter einengen.

Fitneßkur für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Die Privatisierungen sind Ausdruck des von der Koalition politisch gewollten Rückzugs des Staates aus wirtschaftlichen Betätigungsfeldern, sei es im Verkehr, der Kommunikation, des Banken- und Dienstleistungsbereichs oder der Wohnungswirtschaft. Die Veräußerung von Bundesbeteiligungen – im Haushaltsjahr 1996 für insgesamt rund 9 Mrd. DM – dient nicht nur der Begrenzung öffentlicher Finanzierungsdefizite, sondern vor allem auch der

Verminderung des politischen Einflusses auf die Entscheidungen von Wirtschaftsunternehmen. Die mit den Privatisierungen und Beteiligungsveräußerungen einhergehende Verbreiterung des Feldes betriebswirtschaftlich orientierter Wirtschaftstätigkeit stärkt mittel- und langfristig auch die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen der künftigen Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften.

Betonung der sozial- und familienpolitischen Verantwortung

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom 16. – 18. Oktober 1995 wird der Bund 1996 rd. 20 Mrd. DM weniger einnehmen als im laufenden Jahr. Diese Mindereinnahmen beruhen überwiegend auf der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und der Steuerfreistellung des Existenzminimums im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1996. Beide Regelungen zusammengenommen führen zu einer deutlichen Verminderung der steuerlichen Belastung von Familien mit geringem Einkommen. Auch die ersatzlose Streichung des „Kohlepennings“ – verbunden mit der künftigen Finanzierung der Kohleverstromung aus dem Bundeshaushalt (jährlich 8 Mrd. DM) – trägt 1996 zu einer spürbaren Verbesserung der verfügbaren Familieneinkommen bei und wird den privaten Verbrauch stärken.

Die Haushaltsgruppen von CDU/CSU und FDP haben die Erhöhung des Ansatzes für Arbeitslosenhilfe um 2,2 Mrd. DM auf nunmehr 17 Mrd. DM vor dem Hintergrund der schleppenden Arbeitsmarktentwicklung und der wachsenden Langzeitarbeitslosigkeit beschlossen. Der Bund wird damit 1996 etwa zweieinhalb mal soviel Geld für die Arbeitslosenhilfe aufwenden wie 1992 (7 Mrd. DM). Da im gleichen Zeitraum (1992–1996) die Gesamtausgaben des Bundes um lediglich etwa 10 Pro-

zent anstiegen, sind die von der Koalition beschlossenen Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgaben der Arbeitslosenhilfe unverzichtbar.

Bei der Bundesanstalt für Arbeit, die einen Zuschuß des Bundes von 4,3 Mrd. DM erhalten wird, muß im Interesse sowohl der Arbeitsuchenden als auch der beitragszahlenden Wirtschaft und Beschäftigten nachdrücklich auf eine größere Effizienz des Mitteleinsatzes hingewirkt werden. Auch gesetzliche Maßnahmen dürfen nicht zum Tabu hochstilisiert werden.

„Aufbau Ost“ genießt auch weiterhin Priorität

Trotz großer Erfolge bei der Anpassung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern wird auch 1996 etwa jede vierte Mark aus dem Bundeshaushalt zur Stabilisierung und Beschleunigung des Aufbaus in den neuen Ländern ausgegeben werden. Diese Aufwendungen dienen im wesentlichen der Unterstützung der Haushalte der Länder und Gemeinden im Osten Deutschlands, der sozialen Absicherung der vom Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft Betroffenen und der notwendigen Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Verkehr und Telekommunikation.

Darüber hinaus wird der Haushalt 1996 – und noch viele Jahre danach – durch Ausgaben belastet, die zwar nicht in die neuen Länder fließen, aber sehr wohl durch die Wiedervereinigung veranlaßt sind. Hierzu zählen die Zinsen und Tilgungen für den Fonds Deutsche Einheit, der in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung zur Finanzierung der Haushalte der Länder und Gemeinden in den neuen Ländern diente, ebenso wie die Ausgaben für Zins und Tilgung des Erblastentilgungsfonds, in dem die Schulden der Teuhandanstalt, des Kreditabwicklungsfonds und ein Teil der Alt-schulden der Wohnungswirtschaft zusam-

SPD-Boykott des Haushalts ist undemokratisch

Zur Verweigerung der SPD, an den Haushaltsberatungen teilzunehmen, erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth, und der haushaltspolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Weng:

Durch den Offenbarungseid der Opposition, ihre verfassungsmäßige Rolle wahrzunehmen, sind die Koalitionsfraktionen nunmehr in der Lage, aufgrund der intensiven und sachbezogenen Vorberatungen den Bundeshaushalt 1996 zügig zu beraten und zu verabschieden.

Die Opposition hat – wie in keinen Haushaltsberatungen zuvor – frühzeitig alle von den Koalitionsfraktionen vorbereiteten Unterlagen erhalten.

Daher ist das Verhalten der SPD doppelt unglaublich und skandalös.

Das Verhalten der Sozialdemokraten entlarvt sich als reines Ablenkungsmanöver von den Sach- und Personalquerelen der SPD.

Tatsache ist: Der Bundeshaushalt 1996 ist, so wie er mit der Mehrheit der Stimmen der Koalition verabschiedet wird, vertrauensbildend und stabilitätsgerecht.

mengefaßt worden sind. Allein diese beiden Ausgabenblöcke bedeuten eine langfristige, jährliche Belastung des Bundeshaushalts in Höhe von rd. 30 Mrd. DM - jeweils zusätzlich zu den Ausgaben, die aktuell in die neuen Länder fließen.

Der nach der Wiedervereinigung auf fast 16 v. H. hochgeschwellte Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt wird - trotz der fortdauernden Lasten aus der Wiedervereinigung - bereits 1995 auf 13,4 v. H. zurückgehen und damit noch unter dem Stand von 1989 (13 v. H.) liegen.

Stabilitätskriterien für Währungsunion erfüllt

Die Fortführung der erfolgreichen Konsolidierungspolitik der Koalition sichert 1996 die Erfüllung der Stabilitätskriterien des Maastrichter Vertrages, die neben Deutschland nur noch Luxemburg uneingeschränkt erfüllt. Die Haushaltsgruppen von CDU/CSU und FDP drängen darauf, daß sich auch die anderen Partnerländer

intensiv um die Erfüllung dieser Stabilitätskriterien bemühen. Damit bekräftigen die Koalitionsfraktionen nicht nur ihr Festhalten an der geplanten europäischen Währungsunion; eine europaweit abgestimmte stabilitätsorientierte Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik ist auch zwingend erforderlich, um den schleichen den Arbeitsplatzexport aus Deutschland möglichst zu beenden.

Staatsverbrauch begrenzen

Die Haushaltsgruppen von CDU/CSU und FDP gehen entschlossen an den Abbau des Staatsverbrauchs. Weil darin die Personalausgaben der größte „Brocken“ sind, hat der Haushaltsausschuß auf unsere Initiative hin beschlossen, die Rückführung des Personalbestandes des Bundes auf den Stand des Jahres 1989 - dem letzten Jahr vor der Wiedervereinigung - zu fordern. Der vom Haushaltsausschuß verabschiedete Bundeshaushalt 1996 sieht daher eine Absenkung des Personalbestandes des Bundes um 1,5 v. H. vor.

Neue Perspektiven für die Luft- und Raumfahrt

Nach einer außergewöhnlichen Serie politischer Spitzengespräche sind die politischen Rahmenbedingungen wie die wirtschaftlichen Aussichten für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie im wesentlichen geklärt. Intensive Gespräche zwischen Politik und Wirtschaft mit führenden Vertretern der Industrie wie der Belegschaften, Standortbesuche, Fachkongresse sowie öffentliche und nicht öffentliche Treffen haben für alle Beteiligten ein beachtliches Maß an gemeinsamer Beurteilung der Lage der deutschen Luft- und Raumfahrt sowie ihrer Zukunftsperspektiven herbeigeführt.

1. In Politik und Wirtschaft besteht ein breiter Konsens über die strategische Bedeutung der Luft- und Raumfahrt als einer Schlüsselindustrie, die für den Standort Deutschland unter politischen wie ökonomischen Aspekten unverzichtbar ist.

2. Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist in einem stärkeren Maße politisch eingebunden als die meisten anderen Wirtschaftssektoren. So hängt der gesamte Bereich der militärischen Luftfahrt ausschließlich, hängen wichtige Rahmenbedingungen der zivilen Luftfahrtindustrie wesentlich von politischen Entscheidungen ab. Dennoch haben wir aus guten Gründen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Luft- und Raumfahrtindustrie in Deutschland privatwirtschaftlich neu organisiert. Dahinter stand die gemeinsame Überzeugung von Politik und Wirtschaft, daß sich auf diese Weise auch ein politisch besonders bedeutsamer Wirtschaftssektor

leistungsfähiger, effizienter und wettbewerbsfähiger organisieren läßt, als das in staatlicher Verantwortung möglich ist.

3. Politik und Industrie tragen jeweils eigene Verantwortlichkeiten, die wechselseitig nicht kompensierbar sind. Die Industrie hat keinen Anspruch auf dauerhafte Subventionen, wohl aber auf verlässliche

**Von Norbert Lammert,
Parlamentarischer Staats-
sekretär beim Bundes-
minister für Wirtschaft,
Koordinator für die deutsche
Luft- und Raumfahrt**

politische Rahmenbedingungen und Planungssicherheit über das beabsichtigte Volumen öffentlicher Beschaffungsentscheidungen, vor allem im militärischen Bereich. Die Politik kann und darf ihrerseits den Unternehmern Standortentscheidungen nicht abnehmen, mit denen unter dem zentralen Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit darüber zu entscheiden ist, welche Produkte an welchen Standorten mit wie vielen Beschäftigten hergestellt werden können.

4. Die Bundesregierung hat ihre Überzeugung von der besonderen Bedeutung der Luft- und Raumfahrtindustrie für die politische und wirtschaftliche Zukunftssicherung unseres Landes über viele Jahre hinweg auch durch ein hohes finanzielles Engagement dokumentiert. Sie hält auch für die

Zukunft an der notwendigen engen Zusammenarbeit mit der Industrie fest, die sich auch in gemeinsamen Forschungsaktivitäten über das laufende Luftfahrtforschungsprogramm hinaus niederschlagen soll.

5. Mit der geplanten Beteiligung an der internationalen Raumstation, einem europäischen Aufklärungssystem, dem Eurofighter als neuem Kampfflugzeug, dem Tiger und der NH 90 als nächste Hubschraubergeneration, einem neuen großen Transportflugzeug sowie der Weiterentwicklung der Airbus-Familie gibt es eine beachtliche Reihe konkreter ziviler und militärischer Projekte, die in ihrem Planungs- und Entscheidungsprozeß unterschiedlich weit vorangeschritten, aber grundsätzlich notwendig und geplant sind.

6. Die Bedeutung der Luft- und Raumfahrtindustrie über ihre unmittelbare wirtschaftspolitische Dimension hinaus wird auch den Sozialdemokraten zunehmend bewußt. Die jüngsten Konferenzen zur Lage der Luft- und Raumfahrtindustrie in Bonn und München in diesem Jahr haben gezeigt, daß sich Teile der SPD öffnen. Die Länderchefs Schröder und Voscherau haben vorsichtig neue Positionen, beispielsweise in Bezug auf den Eurofighter, formuliert. Das geduldige Bohren harter Bretter zeigt erste Wirkungen. Wer Luft- und Raumfahrt in Deutschland sichern will, muß auch die Produkte wollen, die dort hergestellt werden. Soweit im übrigen für militärische Produkte ein entsprechender Bedarf besteht, der in Deutschland gedeckt werden kann, wäre es in der Tat ein Schildbürgerstreich, bei anstehenden Beschaffungsentscheidungen die eigene Industrie nicht zu berücksichtigen.

7. Auch in der SPD-Bundestagsfraktion verändern sich – wie aus entsprechenden öffentlichen Äußerungen von Kolle-

gen aus dem Verteidigungs- wie dem Forschungsbereich entnommen werden kann – die Einstellung zur Luft- und Raumfahrtindustrie. So hat die SPD das Luftfahrtforschungsprogramm mitgetragen und bejaht, zumindest im Grundsatz, ein europäisches Aufklärungssatellitensystem. In der zivilen Raumfahrt, insbesondere der Raumstation Alpha, ist sie noch nicht festgelegt. Es bleibt zu hoffen, daß auch hier Bewegung hin zu einer Unterstützung entsteht. Dies sind Schritte zu einem begrüßenswerten parlamentarischen Konsens, der dieser Branche den Rücken stärken und die Verlässlichkeit der politischen Rahmenbedingungen erhöhen würde.

8. Für nahezu alle Großprojekte gilt, daß sie allein in nationaler Kompetenz mit vertretbarem Aufwand kaum noch realisiert werden können, sondern europäische Zusammenarbeit erfordern. Die Luft- und Raumfahrt wird unter den gegebenen internationalen Wettbewerbsbedingungen mit dem dominierenden amerikanischen Einfluß entweder europäisch oder irrelevant. Dies setzt auf Seiten der Politik wie der Industrie die Bereitschaft voraus, Abhängigkeiten einzugehen und Selbständigkeiten aufzugeben, die einer effizienten und im Weltmaßstab konkurrenzfähigen Produktionsstruktur in Europa immer noch im Wege stehen.

9. Das Interesse der Bundesregierung an der Luft- und Raumfahrt geht über die Erhaltung von Standorten und Arbeitsplätzen weit hinaus. Um mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft zu sein, braucht ein gemeinsames Europa neben einer engen rechts-, justiz- und außenpolitischen Zusammenarbeit auch eine gemeinsame Sicherheitsidentität, für die eine europäische Rüstungsindustrie mit ausreichenden industriellen Kompetenzen und Kapazitäten unverzichtbar ist. Dabei ist in der Luft- und Raumfahrt eine eindeutige Trennung

zwischen militärischer und ziviler Forschung und Entwicklung schon in der Vergangenheit kaum möglich gewesen, für die Zukunft wird sie immer realitätsfremder. Wer dogmatisch auf dieser Trennung bestehen will, verzichtet damit immer häufiger auf die Beteiligung an genau solchen Entwicklungen, die technologisch und ökonomisch die besten Zukunftsperspektiven haben.

10. Die Probleme, die in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie durch Nachfrageeinbrüche im zivilen wie im militärischen Bereich in den vergangenen Jahren, durch veränderte Wettbewerbsbedingungen und durch Unternehmensentscheidungen entstanden sind, sind in einem marktwirtschaftlichen System und bei privatwirtschaftlicher Struktur der Industrie vorrangig von den Unternehmen zu lösen. Dabei erwartet die Politik von der Industrie und insbesondere der DASA, die als größtes Unternehmen dieser Branche im Konzernverbund mit Daimler-Benz eine Schlüsselrolle hat, daß sie die Luft- und Raumfahrtinteressen mit der gleichen strategischen Perspektive behandelt, die umgekehrt von

der Politik eingefordert wird. Ein solches strategisches Interesse muß über kurz- und mittelfristige Rentabilitätsinteressen hinausreichen, ohne freilich auf Wirtschaftlichkeit, Ertragschancen und Wettbewerbsfähigkeit verzichten zu dürfen.

Notwendige Strukturmaßnahmen müssen zugleich sicherstellen, daß quantitativ wie qualitativ Kapazitäten aufrechterhalten bleiben, die Systemfähigkeit sicherstellen und die deutsche Industrie in die Lage versetzen, an den unbestrittenen Wachstumschancen in der zivilen Luftfahrt wie im Raumfahrtbereich tatsächlich partizipieren zu können. Die erklärte Bereitschaft der Belegschaften und ihrer Vertreter, an notwendigen Verbesserungen der Arbeitsorganisation, größerer Flexibilität bei Arbeitszeiten und Arbeitsformen und damit an der unvermeidlichen Reduzierung der Kosten mitzuwirken, ist ein beachtlicher Beitrag zur Kooperation, der Respekt verdient.

Wenn die in den vergangenen Monaten von allen Beteiligten entwickelte Zusammenarbeit aufrechterhalten bleibt, gibt es keine begründeten Zweifel an der Zukunft der Luft- und Raumfahrt am Standort Deutschland.

Kommission „Standortoffensive“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat unter Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans-Peter Replik eine Kommission „Standortoffensive“ eingesetzt.

Ziel dieser Kommission ist die Fortsetzung der Standortdiskussion und die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Steigerung von Zukunftsfähigkeit und Beschäftigung in Deutschland.

Dazu gehört die konzentrierte Suche nach Beschäftigungsfeldern der Zu-

kunft ebenso wie die Bündelung bereits geplanter Maßnahmen beispielsweise zur Verkürzung von Genehmigungsverfahren und zur Senkung der Unternehmensteuern sowie die vorbehaltlose Prüfung von Beschäftigungshemmnissen.

Bundesregierung und Fraktion werden im Rahmen dieser Kommission einen offenen und breit angelegten Dialog mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen, Wissenschaft und Unternehmen führen.

Die SED-Nachfolgepartei PDS bewegt sich in der Grauzone von „noch demokratisch“ und „schon extremistisch“. Berührungsanstöß gegenüber dem gewaltbereiten Linksextremismus scheint ihr fremd zu sein. Schon früh zeichnete sich ab, daß sie Gewalt, militante Protestformen und rechtswidrige Aktionen als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht generell ablehnt. Vordergründig akzeptiert die PDS – wohl auch zwangsläufig – zwar die Spielregeln des Parlamentarismus. Ihr Politikverständnis sprengt allerdings den Rahmen des reprä-

14. Mai 1995 bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen ihren Träumen von einer Westausdehnung vorläufig ein Ende gesetzt hat, verfügt sie nach wie vor in den neuen Ländern über einen beachtlichen Stamm von Unterstützern, von denen indes nicht wenige Protestwähler sein dürfen, die prinzipiell von den demokratischen Parteien als Wähler gewonnen werden könnten, je mehr die ökonomische wie politische Integration wirkt.

Es ist nicht einfach, sich mit dem Demokratie- und in diesem Zusammenhang mit dem Gewaltverständnis der PDS auseinan-

„Ob friedlich oder militant – wichtig bleibt der Widerstand“

Die PDS sucht enge Verbindung zu den verschiedenen Spielarten des Linksextremismus

sentativen Parlamentarismus. Erstaunlicherweise begreifen viele Bürger die PDS dennoch als eine „demokratische“ Partei.

So stimmten nach einer im Frühjahr 1995 abgeschlossenen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung 63 Prozent der Ostdeutschen (aber nur 18 Prozent der Westdeutschen) der Aussage zu, die PDS sei „eine normale demokratische Partei wie die anderen auch“. 62 Prozent der Ostdeutschen und 24 Prozent der Westdeutschen sagen: „Die anderen Parteien sollten mit der PDS zusammenarbeiten.“ Lediglich 27 Prozent der Ostdeutschen, jedoch 71 Prozent der Westdeutschen meinen: „Die PDS ist als linksradikale Partei letztlich genauso abzulehnen wie rechtsradikale Parteien.“ Deshalb gilt es, das Politik- und Demokratieverständnis der PDS unter die Lupe zu nehmen.

Auch wenn das für die PDS niederschmetternde Ergebnis von 2,37 Prozent am

derzusetzen, denn die PDS vereinigt in sich selbst konträre und verwirrende Strömungen. Oft scheint es, als ob vor allem die Stasi-Vorwürfe gegen Gregor Gysi (und neuerdings zum Beispiel auch gegen Christa Luft) einen wirksamen Kitt dieser Partei darstellten, die sich vor allem in einem gemeinsamen Klassenfeind einig weiß und immer wieder den „Antifaschismus“ beschwört, weil eine gemeinsame positive Vision von der Zukunft der deutschen Gesellschaft fehlt.

Die Sorgen der Traditionalisten

Die Gründung eines „Marxistischen Forums“ durch Befürworter eines traditionellen Sozialismusmodells, das von anderen in der PDS als „stalinistisch“ abgelehnt wird, zeigt das breite Spektrum in der PDS. Diese Traditionalsozialisten werfen der PDS-Führung in einem Aufruf „In großer Sorge“ vor, der Grundkonsens der Partei sei in einer Reihe von Fragen aufge-

kündigt: So werden eine Aufweichung des Oppositionsverständnisses beklagt, eine „Verabschiedung vom Klassenkampf“ und eine Ausklammerung der Eigentumsfrage zugunsten eines Gesellschaftsvertrags. Ferner werden eine angebliche Absage an SED und DDR in Gestalt eines Stalinismusverdiktis und eine Einschränkung des Pluralismus in der Partei konstatiert.

Links von den Grünen

Mithin verwandele sich die sozialistische Zielvorstellung in eine „unverbindliche Vision“. Für die politische Strategie der PDS dürfe, „das, was wir bei Marx Wichtiges und Richtiges gelernt haben, nicht leichtfertig zugunsten neuer Moden über Bord“ geworfen werden. Deutlicher hätte nicht werden können, wie stark der Einfluß von Altgenossen ist. Durch diese PDS-internen Auseinandersetzungen wird indes gelegentlich der Eindruck erweckt, der politische Kurs Gysis und Biskys hin zu einer sozialistischen Partei links von SPD und Grünen habe schon die demokratisch bewährten Pfade des Grundgesetzes erreicht. Dem ist nicht so, wie eine Analyse vielfältiger Veröffentlichungen und der praktischen Politik der Gysi/Bisky-PDS zeigt.

Zentral für das Politikverständnis der PDS ist der Begriff „Widerstand“ beziehungsweise „außerparlamentarischer Widerstand“, der sich gegen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland richtet. Beleuchtet man, wie verschiedene Repräsentanten der PDS diesen Begriff füllen, so läuft er letztlich auf eine Mißachtung der demokratischen Ordnung hinaus, die wesentlich auf dem Prinzip der Gewaltfreiheit bei politischen Auseinandersetzungen und dem Gewaltmonopol des Staates beruht. Mit dem Widerstandsbegriff, der auch von dem Linksterrorismus instrumentalisiert wurde, knüpft die PDS an die westlichen Traditionen der

antiparlamentarischen Opposition der späten sechziger Jahre an.

Grundsätzlich spricht die PDS davon, daß sie gegen die herrschenden „kapitalistischen“ Verhältnisse einen breit angelegten Widerstand aufbauen wolle. So setzt sie sich in ihrem Grundsatzprogramm vom Januar 1993 das Ziel, „daß die Herrschaft des Kapitals überwunden werden muß“. Damit läßt sie nach wie vor eine klassische kommunistische Intention erkennen. In diesem Sinne charakterisiert sie auch ihre Klientel: „In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegenzusetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“ Zu dem für die PDS in Frage kommenden personellen Spektrum gehören marxistisch-leninistische Hardliner aus dem Kreis der alten Genossen, „Kapitalismus“ –

**Von Gerd Langguth,
Geschäftsführender Vorsitzender
der Konrad-Adenauer-Stiftung in der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“
vom 14. September 1995**

skeptische Jugendliche, altlinkes Personal ehemaliger „K-Gruppen“ aus dem Westen Deutschlands wie auch undogmatische und „autonome“ Gruppen.

Andererseits muß es das Ziel der PDS sein, nicht nur die Altlinken von Ost und West unter ihren Fahnen zu vereinigen, sondern auch neue Wählerschichten außerhalb der „neuen sozialen Bewegungen“ und linksextremistischer Gruppen zu gewinnen. Sie wird also versuchen müs-

sen, auch in die Klientel von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einzudringen. Das bedeutet aber, daß die Programmatik der PDS vielfach vage gehalten wird, um ein Höchstmaß an Integration zu erreichen. Dennoch zeigt sich, daß Dogmatiker zunehmend an Einfluß gewinnen. Die PDS bietet dabei allen möglichen versprengten Linken eine neue politische Heimat.

Die PDS hat im linksextremen Spektrum vor allem drei Säulen: das linksextremistische Umfeld in den alten Bundesländern, die AG „Junge GenossInnen“, und die Kommunistische Plattform der PDS.

Nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ verband und verbindet sich mit der PDS für die zersplitterten und sektiererischen Westlinken, die sich mit den Grünen nicht arrangieren konnten, nun zum ersten Mal die Chance auf politische Repräsentanz. Für die PDS wiederum bilden ehemalige DKP-Mitglieder und Angehörige ehemaliger marxistisch-leninistischer „Parteien“ wie des Kommunistischen Bundes (KB) die Basisorganisation der Partei im Westen. Ohne die Kontakte im linken (aber auch im linksextremen) Spektrum wäre die PDS eine ostdeutsche Regionalpartei ohne jegliche Sympathisanten oder Mitglieder im Westen geblieben. Beide Lager sind aufeinander angewiesen. Die PDS braucht die Akteure, die Westlinken benötigen die finanzielle Unterstützung durch die PDS und deren Apparat.

Markenzeichen Dauerstreit

Die Westlinken haben sich rasch im Parteiapparat der PDS etabliert und sind mittlerweile beispielsweise im Bundesvorstand oder in der Bundestagsfraktion eindeutig überrepräsentiert. Aber nicht nur deshalb ist es schwer, einen innerparteilichen Konsens zu finden. Die Ost- und die West-PDS-Mitglieder unterscheiden sich in ihrem Politikverständnis. Im 12. Deut-

schen Bundestag wurde ihr Dauerstreit zum Markenzeichen der PDS.

Ohne sich um ein Gesamtkonzept der PDS im Bundestag weiter zu kümmern, ritten beispielsweise die (West-)Abgeordneten Ulla Jelpke und Andrea Lederer im Bundestag alte linke Steckenpferde: Kurdistan, PKK, Rechtsextremismus, RAF, Geheimdienstaktivitäten, illegale Waffenexporte oder ausländerfeindliche Umtriebe – kurzum, das klassische Spektrum von westlich linken Zirkeln –, während die Ost-Abgeordneten soziale Fragen mehr bewegten.

Sympathie für PKK

Die Themenauswahl ist ein Hinweis auf Kontakte in das extremistische Lager. PDS-Mitglieder und Parteigliederungen haben aktiv an der Kampagne gegen das Verbot der PKK und deren Nebenorganisationen teilgenommen. Gregor Gysi und mehrere PDS-Landesverbände aus den westlichen Bundesländern haben den Aufruf der Großdemonstration „Für eine politische und demokratische Lösung der kurdischen Frage“ (25. Juni 1994 in Frankfurt am Main) unterstützt. Auf dieser Kundgebung sprach Ulla Jelpke (MdB PDS/Linke Liste). Neben der unverhohlenen Sympathie zur PKK existieren auch Kontakte zu Personen aus dem RAF-Sympathisantenumfeld.

Dies versteht sich angesichts vielfacher ideologischer Parallelen (beispielsweise Widerstand) schon fast von selbst. So wechselte der RAF-Anwalt, ehemalige inoffizielle Mitarbeiter der Stasi und verurteilte RAF-Unterstützer Klaus Croissant von der AL zur PDS. Die parteilose Rechtsanwältin Heike Krause, Verteidigerin von Christian Klar und Rolf Clemens Wagner, war Bundestagskandidatin für die PDS. In der „Sozialistischen Zeitung“ (SoZ) stellte Frau Krause die Frage: „Warum ist es so weit in den Hintergrund gerückt, sich über das Gedanken zu ma-

chen, wofür die politischen Gefangenen überhaupt gekämpft haben vor ihrer Gefangenschaft? (...) Sollen die Menschen, die politisch für die Wahrung der Menschenwürde kämpfen – so sei es mal auf eine kurze Formel gebracht –, verschwinden (...)?" Auch hier findet sich in den Reihen der PDS die altbekannte Verfälschung von Tatbeständen, nach denen Kriminellen hehre politische Motive unterstellt werden und letztlich selbst Mörder noch als Kämpfer für die Menschenwürde heroisiert werden.

Auch die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke soll „in der RAF-Unterstützerszene – vor- sichtlich ausgedrückt – nicht unbekannt“ sein (siehe Holger Lösch: Bad Kleinen. Ein Medienskandal und seine Folgen. Frankfurt am Main/Berlin 1994, S. 142). Sie sprach im Deutschen Bundestag im Zusammenhang mit dem Tod von Wolfgang Grams von einer „Liquidierung“ und Berichten, wie man sie „bisher nur aus Militärdiktaturen“ kenne (Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12/170).

Verständnis für RAF-Häftlinge

Auch andere PDS-Mitglieder haben viel Verständnis für RAF-Häftlinge. So unterstützten bereits 1991 die „PDS/Linke Liste Rheinland-Pfalz“ und die „PDS/Linke Liste Baden-Württemberg“ den Aufruf „Leben zu wollen heißt, die Isolation zu durchbrechen“ zur Zusammenlegung inhaftierter Terroristen der RAF. In dem Aufruf hieß es unter anderem: Die staatlichen Angriffe auf die „politischen Gefangenen“ seien Angriffe auf alle, die nicht zur mehr oder weniger jubelnden Anhängerschaft des Systems geworden seien. In ihrem Bundestagswahlprogramm 1990 hatte die PDS/Linke Liste gefordert, alle Strafvorschriften, die der „politischen Verfolgung“ dienten, abzuschaffen, insbesondere den Paragraphen 129a im Strafrecht-

setzungsbuch (Bildung terroristischer Vereinigungen), mit dem „fortschrittliche Gruppen“ ausgeforscht würden.

Im Dunstkreis der PDS

Zudem wurden Verflechtungen der PDS mit den GNN (Gesellschaften für Nachrichtenerfassung/Nachrichtenverbreitung mbH) bekannt, die weiter überwiegend unter der Kontrolle des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) stehen. „Auch nach der Annäherung der GNN-Gesellschaften an die PDS erscheinen dort unter anderem das linksextremistische ‚Enthüllungsmagazin‘, ‚Geheim‘, das von Personen des RAF-Umfelds herausgegeben, ‚Angehörigen-Info‘ und der ‚Kurdistan-Rundbrief‘“, so das Bundesministerium des Innern. Insgesamt entsteht der Eindruck, daß im Dunstkreis der PDS über Gewalt als Mittel der Politik nachgedacht werden kann, ohne daß es von führenden Repräsentanten der Partei zu entschiedener Abgrenzung kommt.

Die Anziehungskraft der PDS für die heterogene linksextreme Szene als neue Heimat ist evident. So arbeiten immer mehr Anhänger des linksextremen Spektrums, von den dogmatischen K-Gruppen bis zu den Sympathisanten der anarchistischen autonomen Szene, mit der PDS zusammen. Kooperationen bestehen beispielsweise zwischen der PDS und der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP). Winfried Wolf, verantwortlicher Redakteur der „Sozialistischen Zeitung“, die von der CSP herausgegeben wird, zog für die PDS in den Bundestag ein. Jakob Moneta, VSP-Mitglied, seit Jahrzehnten einer der führenden Funktionäre des trotzkistischen „Vereinigten Sekretariats“, gehörte dem Parteivorstand der PDS an und war gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS. Wie diese beiden Beispiele verdeutlichen, sind Vorbehalte in der PDS gegenüber Personen aus dem linksextremistischen Umfeld nicht weit verbreitet.

Aufgrund alter Bindungen spielt aber vor allem die DKP eine besonders wichtige Rolle. Die DKP ist in den alten Bundesländern einer der wichtigsten Bündnispartner der PDS. Dennoch ist das Verhältnis zur DKP teilweise gespannt und auch widersprüchlich. Enge und regelmäßige Kontakte werden von der Kommunistischen Plattform der PDS zur DKP unterhalten. Es wurde zwar mehrfach verhindert, daß – als Hardliner geltende – DKP-Mitglieder auf einem aussichtsreichen Listenplatz der PDS kandidierten, andererseits konnten ehemalige DKP-Mitglieder für die PDS in den Bundestag einziehen: Rolf Köhne, der 1990 nach achtzehnjähriger Mitgliedschaft die DKP verließ, Heidi Knake-Werner, die von 1981 bis 1989 DKP-Mitglied war. Auch die Abgeordnete Eva Bulling-Schröter engagierte sich unter anderem in der DKP, der Friedensbewegung, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten und dem deutsch-kurdischen Freundschaftsverein.

Systemkritisches Milieu

Die AG Junge GenossInnen ist eine nicht an Inhalte gebundene Vorfeldorganisation der PDS, deren organisatorischer Schwerpunkt in Berlin liegt. Mit ihr versucht die PDS, ein „systemkritisches“ Milieu in der Jugend an sich zu binden. Dazu gehören Autonome, undogmatische Linke, alternative Jugendkultur und die Antifa-Bewegung. Wie keine andere Gruppierung in der PDS (außer der Kommunistischen Plattform) legt die AG eine vom Vorstand nur zum Teil gewünschte Eigendynamik an den Tag. In einem Beitrag für den Pressedienst der PDS lehnen Angela Marquardt, die Vorsitzende der AG Junge GenossInnen, und Ivo Bozic den Parlamentarismus rüde ab.

Sie gehen so weit, Stalinismus und Sozialdemokratie in einem Atemzug zu nennen

und als „Auswüchse“ der linken Bewegung zu charakterisieren, „die in ihrer Praxis“ die Ziele der Linken „ad absurdum geführt haben“. Der Sozialdemokratie wird vorgeworfen, sie habe „dieses System als solches“ akzeptiert und „den Parlamentarismus als den einzigen Weg der Partizipation“ anerkannt (Pressedienst der PDS, Nr. 30/1994). In der AG Junge GenossInnen gibt es eine deutliche Affinität zum außerparlamentarischen Widerstand. Wie dieser aussehen kann, zeigen Beiträge auf einer sogenannten „Widerstandskonferenz“ der AG Junge GenossInnen in Strausberg im Mai 1994. Unter dem Motto „Ob friedlich oder militant – wichtig ist der Widerstand“ schrieb Angela Marquardt in einem Bericht zum Kongreß: „In einer Zeit, wo wir uns die Mittel unseres Widerstandes nicht mehr aussuchen können (...), ist es für meine Begriffe sinnlos, ständig neu über die Gewaltfrage zu diskutieren. (...) Und wer Gewaltfreiheit proklamiert, ist meiner Meinung nach blauäugig.“ In ihrem im Pressedienst der PDS kommentarlos abgedruckten Bericht über die Konferenz zitierte sie einen Vertreter der autonomen „Antifa“ mit der Aussage, daß es immer gut sei, den „Mythos der Unverletzbarkeit des Staates zu zerstören“, und daß durch die „Gewalt der Verhältnisse (...) gewaltsame Konfrontationen mit dem staatlichen Gewaltmonopol vorprogrammiert“ seien (vgl. Pressedienst der PDS, Nr. 20/1994).

Ideologie der SED

Die Kommunistische Plattform (KPF) ist eine Strömung in der Partei, die über eine eigene Organisationsstruktur und eine eigene Satzung verfügt. Insgesamt ist in der KPF die Ideologie der SED am deutlichsten vertreten. Sie bekennt sich nicht nur eindeutig zum Marxismus-Leninismus. Die KPF unterhält enge Kontakte zur DKP, die sie als natürliche Verbündete ansieht. Für die PDS haben Beziehungen zur

DKP – auch wenn das alte Über- und Unterordnungsverhältnis wie SED und DKP nicht mehr besteht – nach wie vor einen hohen Rang, da die KPF als Bindeglied zu den orthodoxen Kommunisten fungiert. So ist auch nicht verwunderlich, daß die KPF mit der DKP in wichtigen politischen Zielen einer Meinung ist. Die KPF verbindet mit der DKP „marxistische Grundpositionen (...) und auch ein gemeinsames Erbe“ und ein gleiches Feindbild, da sie sich des „gemeinsamen Klassenfeindes“ bewußt seien, so Heinz Marohn (KPF) auf dem Wahlparteitag der DKP. Die KPF kritisiert in bekannter kommunistischer Weise das „monopolkapitalistische Eigentum“, „die 1990/91 erfolgte Restauration des Kapitalismus in den ehemals sozialistischen Ländern“ und betont, daß die „Interessen der Monopolbourgeoisie“ den „Interessen der Menschheit zutiefst entgegengesetzt“ seien.

DDR als Maßstab

Daher strebt die KPF die „Beseitigung der Herrschaft von Monopolbourgeoisie und Finanzkapital (...) zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ an. Dabei sei das „hier (in der DDR, d. Verf.) einmal Erreichte (...) auch für die Zukunft Maßstab sozialistischer Politik in Deutschland“. Wer die DDR zum Maßstab zukünftiger Politik macht, von dem ist eine kritische Einschätzung der SED-Herrschaft und des Unrechtsregimes nicht zu erwarten. In der KPF ist die Neigung zur Glorifizierung der DDR weit verbreitet.

Obwohl die KPF dem Extremismusforscher Moreau zufolge „ideologisch gesehen unzweifelhaft extremistisch“ ist, unterstreicht der PDS-Vorstand nach wie vor sowohl die organisatorische als auch die ideologische Bedeutung der KPF für die Partei. Dennoch ist das Verhältnis zwischen KPF und Teilen der Parteiführung gespannt, wie die Debatte um die „Fünf

Thesen“ und die Kandidatur von Sahra Wagenknecht für den neuen Bundesvorstand auf dem Parteitag im Januar 1995 verdeutlichten. Die Beziehungen bewegen sich zwischen „ideologischen Frontalangriffen“ und „strategisch bedingter Ausgrenzung“, aber auch dem Zwang und Willen zur Kooperation. So betonte Lothar Bisky in einem Gespräch mit der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“, daß er „froh“ sei, „daß es die Kommunistische Plattform gibt. (...) Ich habe überhaupt keine Lust, mich von der Kommunistischen Plattform in der PDS in irgendeiner Weise abzugrenzen.“

Die Rolle der Kommunistischen Plattform

Die KPF dient der Partei als Bindeglied zur „orthodox-kommunistischen Linken“, mit einem restaurativen politischen Verständnis. Um diese Gruppe in der Partei zu halten, ist die KPF durchaus willkommen. Deswegen wurde in dem Fünf-Punkte-Papier beschlossen: „Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht anti-kommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.“ Wie andere Gruppierungen in der PDS auch, läßt die KPF eine eindeutige Distanzierung von der Gewalt vermissen. Falls erforderlich, wird in der KPF Gewalt als Mittel der Politik in Kauf genommen. So formulierten zwei der Sprecher der KPF als langfristige politische Erwartung: „Der Übergang zu einer neuen Zivilisationsstufe, die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft in eine neue, klassenlose Gesellschaft (...) wird ein langwieriger (...), mehrere Phasen umfassender historischer Prozeß des ererbten Klassenkampfes sein.“ Die KPF rechnet damit, daß der „bürgerliche Staat nur revolutionär-demokratisch zu überwinden“ sei (zitiert nach Patrick Moreau [in Zusammenarbeit mit Jürgen Lang und

Viola Neu]: Was will die PDS? Frankfurt am Main 1994, S. 102). Die KPF nimmt zwar für sich in Anspruch, sie lehne „den Terror als Mittel des politischen Kampfes“ ab und strebe „Gewaltfreiheit“ an, behauptet aber gleichzeitig, „daß die Bourgeoisie noch nie Scheu vor Verfassungsbruch, Gewalt, Terror oder Intervention“ gezeigt habe. „wenn ihr das zur Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse nötig schien“ (PDS, 2. Parteitag, 2. Tagung, Berlin, 21. bis 23. Juni 1991, Reden, Beschlüsse und Dokumente).

„Stalinismus-Debatte“

Mit dieser Argumentationsweise will sich die KPF als die Kraft profilieren, die „alle Versuche des Verfassungsbruchs oder der Gewaltanwendung durch die Bourgeoisie“ vereiteln würde. Die KPF träumt offenkundig immer noch von der sozialistischen Revolution und einer im Zweifel mit Gewalt durchzusetzenden Veränderung der Gesellschaft. Die Schlußfolgerung, daß die KPF die Grundprinzipien demokratischer gesellschaftlicher Konsensbildung ablehnt, drängt sich angesichts solcher Äußerungen auf.

Wie die Inszenierung der „Stalinismus-Debatte“ auf dem 4. Parteitag der PDS im Januar 1995 zeigte, wird in der Partei nicht erwogen, die KPF ernsthaft zu schwächen. Um eine tatsächliche Zerreißprobe zu vermeiden, wurde aus strategischen Gründen der Konflikt personalisiert. Interessant ist hierbei die „Dialektik“ der Argumentation, die von den Rücktrittsdrohungen Gysis und Biskys überlagert war: Die offen dem Stalinismus huldigende Sahra Wagenknecht sei zwar für den Parteivorstand untragbar, aber offenkundig für die Partei kein Problem. Ein Ausschluß Wagenknechts wäre nach dem Statut der PDS zwar zulässig. Danach können Mitglieder „ausgeschlossen werden, wenn sie vorsätzlich gegen das Statut

der Partei oder erheblich gegen die Grundsätze der politischen Programmatik verstoßen und damit der Partei schweren Schaden zufügen“.

Es wird aber kein Ausschluß erwogen. Das heißt, daß stalinistische Positionen nicht mit den Grundsätzen der PDS kollidieren. Nicht erst mit ihren Äußerungen in ihrem kürzlich erschienenen Buch gibt sich Wagenknecht als Stalinistin zu erkennen. Schon 1992 hatte sie einen Artikel verfaßt („Marxismus und Opportunismus – Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute“), in dem Stalin als Legitimer, in seiner theoretischen Fähigkeit oft zu Unrecht unterschätzter Nachfolger Lenins charakterisiert wurde. Sie kommt zu der Bewertung, daß sich die DDR beim Aufbau des Sozialismus bis zum VIII. Parteitag der SED (1971) auf dem richtigen Weg befunden habe.

Gewalt nicht ausgeschlossen

Insgesamt zeigt die PDS gegenüber gewaltbereiten Linksextremisten keine Berührungangst. Die PDS unterhält vielfältige Kontakte in einem vielschichtig gestalteten Netzwerk linksextremistischer Provenienz. Die PDS-Führung und repräsentative Teile der PDS distanzieren sich nicht eindeutig von gewaltbereiten Teilen des linken Spektrums. Selbst das Büro der Gruppe PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag beteiligte sich an der Finanzierung einer Ausgabe des autonomen „Antifa-Jugend infos“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/8372, S. 7), in dem offen zur Gewalt aufgefordert wurde. Auch Karin Dörre, früheres Vorstandsmitglied (vor dem 4. Parteitag 1995 aus der PDS ausgetreten), die sich vorher als Kritikerin der innerparteilichen Demokratie und als Anklägerin gegen die IM-Tätigkeit der Bundestagskandidatin Kerstin Kaiser-Nicht hervorgetan hatte, schloß Gewalt zumindest nicht aus.

Diskret Beifall gezollt

Von ihr wurden beispielsweise Eierwürfe „kritischer Demonstranten“ gegen den Bundespräsidenten gerechtfertigt, der Rechtsstaat als „so verlogen wie nur irgend etwas“ bezeichnet und schließlich von „geistigen Brandsatzlegern“ in den Reihen der Bundesregierung gesprochen. Durch diese Stellungnahme hat die PDS-Führung den Übergriffen von Autonomen auf den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker diskret Beifall gezollt. Man kann auch beobachten, daß sich immer mehr PDS-Anhänger auf die Seite der Linksextremen stellen, wenn es darum geht, die staatlichen Instanzen als „Verteidiger der Faschisten“ zu diffamieren. Ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Antifaschismus und Rechtsextremismus“ beim PDS-Bundesvorstand kritisierte die mangelnde Wirksamkeit der „Antifa“-Arbeit der Partei und trat für engere Kontakte zu den Autonomen ein.

Der Jurist Gregor Gysi sprach sich schon 1991 (Presse Dienst der PDS, Nr. 32/1991) gegen „übertriebenen Legalismus“ und eine „Überbewertung des Rechts“ aus. Damit wurde schon früh gewaltbereiten Gruppen oder Einzelpersonen eine politische Heimat in der PDS angeboten. Resümierend hieß es hierzu: „Die PDS hat einen guten Stand in der wissenschaftlichen Analyse der faschistischen Entwicklungen. Sie wird aber in der Konsequenz viel stärker auf außerparlamentarische Aktionen und Selbsthilfe setzen müssen. Töricht wäre es, autonome Gruppen bei unterstützenswerten Aktivitäten allein zu lassen (...)“, so Gunnar Zessin in der PDS-Mitgliederzeitschrift „Disput“ (17/1993). Roland Claus, Landesvorsitzender und Landtagsabgeordneter der PDS in Sachsen-Anhalt, betonte, daß man „auch künftig vorwiegend mit jugendlichen Antifa-Gruppen, KirchenvertreterInnen und mit Auto-

nomen zusammengehen“ werde (Presse Dienst der PDS, Nr. 39/1993).

Die Notwendigkeit des Zusammengehens liege in dem Ziel, „antifaschistische Politik heute“ zu betreiben. Diese Politik sei notwendig, da sie sich gegen die derzeitige „Rechtsentwicklung“ wende, „die nicht Ausgeburten einiger brutaler Toschläger“ sei, sondern „offizielle Staatspolitik“ (Presse Dienst der PDS, Nr. 39/1993).

Mit dem Argument des „Neofaschismus“ und des „Gewaltstaats“ hatten schon Apo und RAF Gewalt gerechtfertigt. Auch pragmatische Überlegungen führen übrigens zum Schmusekurs mit den Autonomen. Aus Angst vor dem biologischen Ende der Partei sieht die überalterte PDS in den Autonomen wohl auch willkommenen Nachwuchs, den es an die Partei zu binden gilt.

Zwiespältiges Verhältnis zum Parlamentarismus

Insgesamt kann man das Verhältnis der PDS zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie als „gespalten“ bezeichnen. Für die PDS sei die Parlamentsarbeit vor allem dann sinnvoll, wenn sie der Entwicklung gesellschaftlicher Opposition diene, heißt es.

Mit der starken Betonung des „außerparlamentarischen Kampfes“ stellt die PDS letztlich das demokratische Mehrheitsprinzip in Frage. So heißt es dann auch in dem Fünf-Punkte-Papier des Parteitages vom Januar 1995: „Einig sind wir uns dahingehend, daß die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftspolitisches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.“

Deutlicher könnte das zwiespältige Verhältnis der PDS zum Parlamentarismus kaum formuliert werden. Es wird noch ergänzt durch die Tatsache, daß Gewalt als Mittel der Politik von vielen PDS-Mitgliedern nicht eindeutig abgelehnt wird. Und mit ihrer Betonung des „Antifaschismus“ will die PDS möglichst alle linken bis hin zu linksextremistischen Gruppen unter ihre Fahnen holen.

Die PDS zeigt ein Janusgesicht: Sie ist im Bundestag und in allen Parlamenten der neuen Bundesländer vertreten und präsentiert sich dort als „demokratische“ Partei. Die zum Teil bewußt vagen Formulierungen der offiziellen Parteirhetorik machen es nicht immer einfach, die antidemokratischen Strömungen in der PDS dingfest zu machen. Die PDS definiert sich zugleich auch als Strömungspartei, die sich um die Integration des äußersten linken bis links-extremen Spektrums bemüht. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, daß sich das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht länger auf die Prüfung der Aktivitäten der PDS beschränkt, sondern jetzt gezielt

„insbesondere“ deren extremistische Teilgruppen beobachtet.

Jenseits des Rubikons

Der Berliner Verfassungsschutz darf Gruppen der SED-Nachfolgepartei sogar mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten. Hingegen erscheint es im Lichte der Kenntnisse des antidemokratischen Potentials in der PDS doch einigermaßen erstaunlich, daß der Chef des Brandenburger Verfassungsschutzes mit Rückendeckung seines Innenministers jede Beobachtung der PDS ablehnt, weil dies „den Prozeß der Wiedervereinigung nicht fördert, sondern verlangsamt“. „Einzelne Äußerungen“ aus dem Bericht der Kommunistischen Plattform „sind wohl jenseits des verfassungsmäßigen Rubikons anzusiedeln“, doch würden diese Stimmen „von der Brandenburger PDS sowohl auf Parteitage als auch auf Delegiertenkonferenzen und in den Leitungsgremien politisch abgefangen“. Auch so kann das antidemokratische Potential der PDS verniedlicht werden.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltung Nr. 309

Moralischer Anspruch und praktische Politik –

Deutsche Interessen in der Internationalen Zusammenarbeit

Eichholzer Forum
23. und 24. November 1995

Themenschwerpunkte:

- Statt Angst vor der Macht: Mut zur Verantwortung – Plädoyer für eine ehrliche Definition außenpolitischer Interessen Deutschlands

- Für Maastricht II die Kräfte Europas mobilisieren – Aber: Wie weit reicht Europa und wie tief kann es gehen?
- Die EU-Regierungskonferenz 1996 – Interessen aus deutscher Sicht
- Rußland – Ein strategischer Partner für die NATO?

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
D-50387 Wesseling
Fax (0 22 36) 7 07-2 30

Wenn es zur Sache geht, nur noch halblang

„Sie singt ganz herrlich“, hat Wolfgang Schäuble in einem „Tagesspiegel“-Interview über die brandenburgische Arbeits- und Sozialministerin, Regine Hildebrandt, gesagt und dem Lob hinzugefügt: „Sie kann alle nur ein bißchen nerven.“

Auf eine ganz ähnliche Formel hat es die Potsdamer CDU gebracht, die sich ebensowenig wie der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, dem spröden Charme der Ministerin entziehen kann und zugeben muß: „Imponierend ihre laute Stimme.“

Demjenigen aber, der vor dem Sprechen nachdenken will, kommt Frau Hildebrandt ganz schnell zuvor und erringt, wie es in einer Information der Potsdamer CDU heißt, die „Lufthoheit“ nach dem Prinzip: „Erst einmal loslöhren, im Vertrauen darauf, daß ihr schon noch etwas einfällt; und wenn dennoch keine Argumente kommen, einfach weiter machen, bis die anderen meinen, es wären welche gebracht.“

Spätestens wenn es jedoch zur Sache geht, kommt die Enttäuschung. Was die Ausbildungsleistungen z. B. des Landes Brandenburg betrifft, hat sich Frau Hildebrandt keineswegs als das „soziale Gewissen“ Ostdeutschlands erwiesen, als das sie sonst so gerne auftritt.

- Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse in der Landesverwaltung ist von 252 im Jahre 1994 auf 204 in 1995 zurückgegangen. Vor allem aber:

- Bei einer Ausbildungsquote von fünf Prozent müßte der öffentliche Dienst – wie die ÖTV in Brandenburg bemerkt – rund 8.500 Ausbildungsplätze anbieten. Mit 4.400 Plätzen wird nur die Hälfte davon erreicht.

Gerade in einer Zeit also, in der es darauf ankommt, den Jugendlichen eine Perspektive für ihr Berufsleben zu eröffnen, gibt das Land Brandenburg mit seiner Arbeits- und Sozialministerin, Regine Hildebrandt, ein denkbar schlechtes Beispiel.

Bundesumweltministerin Angela Merkel hat eine kommunale CO₂-Kampagne gestartet

Bundesumweltministerin Angela Merkel hat die „bundesweite Kampagne zur CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“ gestartet. Das Institut für Organisationskommunikation (IFOK) wird gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (DI-FU) die Akteure des kommunalen Kli-

maschutzes um sogenannte „Energietische“ versammeln, um dort gemeinsam einen akzeptierten Weg zum kommunalen Klimaschutz zu finden und zu gehen. Angela Merkel: Die Städte und Gemeinden haben in der Umsetzung des Klimaschutzes eine Schlüsselposition.

Peter Hintze: Unseriöse Panikmache

Generalsekretär Peter Hintze erklärte zu den jüngsten europapolitischen Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping:

Wenn Rudolf Scharping das europäische Einigungswerk als „irgendeine Idee“ abqualifiziert, schlägt er einen gefährlichen Weg ein. Das Gelingen der europäischen Einigung entscheidet über die dauerhafte Friedenssicherung ebenso wie über wirtschaftliche und soziale Sicherheit.

Unseriöse Panikmache und populistische Kurzzeit-Argumentation sind hier nicht am Platze. Wir brauchen die europäische Währungsunion in einem international härteren Wettbewerb drin-

gend. Wer Europa herunterredet, schadet Deutschland.

Ich warne die SPD davor, einen schweren historischen Fehler zu begehen und sich von der europäischen Idee zu verabschieden. Die aktuellen Schwierigkeiten der SPD dürfen nicht dazu führen, daß der politische Konsens der Demokraten für das europäische Einigungswerk in Frage gestellt wird.

Ich fordere die Sozialdemokraten auf, sich auf ihrem bevorstehenden Parteitag unmißverständlich zur Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses zu äußern.

Pressestimmen

Die SPD und das Euro-Geld: Verantwortungslos

Nun hat sie es also angeblich, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands – ein erfolgversprechendes Wahlkampfthema, nach dem sie seit Jahren suchte. Die Nummer mit dem Euro-Geld hat nur einen Haken: Für eine Partei, die noch ein Mindestmaß an Verantwortung für das Wohl des Gemeinwesens tragen will, muß sie sich als ungeeignet erweisen.

Schlichtweg verantwortungslos ist es nämlich, was sich da offensichtlich die Herren Schröder und Scharping auf die Fahnen zu schreiben gedenken. Und zwar aus einem guten Grunde: Wer auch künftig in dieser von Krisen erschütterten Welt zumindest in Mitteleuropa Frieden und Wohlstand erhalten möchte, darf das Zusammenwachsen der Europäischen Union nicht behindern. **Kölnische Rundschau**

Gefährliche Verlockung

Wenn eine Partei politische Defizite durch billige Panikmache ersetzen muß, dann steht es schlecht um sie. Und wenn ausrechnet die SPD jetzt ihre Rettung darin sucht, sich als antieuropäische Kraft in Deutschland zu profilieren, dann muß es den Genossen offenbar noch weitaus mieser gehen als bisher angenommen. Ein Appell an niedrige Instinkte soll die zerstrittenen Genossen wieder Land sehen lassen: Was bisher rechtslastigen Splitterparteien vorbehalten war – angesichts der geplanten europäischen Währungsunion in über 70 Jahren verstaubte Inflationsängste wiederzubeleben –, soll nun offensichtlich zur SPD-Strategie werden, um 1998 zum eigentlich schon abgesagten Sturm aufs Bonner Kanzleramt zu blasen. Endlich hätten die Sozialdemokraten wieder ein nationales Thema, jubiliert Oberpopulist Gerhard Schröder, und sein Vorsitzender ist endlich einmal seiner Meinung. **Stuttgarter Nachrichten**

Norbert Blüm zur Einigung im Baubereich:

Gewerkschafter und Arbeitgeber haben ein gutes Beispiel gegeben

Eigenlösung statt Fremdlösung, das ist das Motto der neuen Schlechtwettergeldregelung, welche die Baugewerkschafter und Bauarbeitgeber zustande gebracht haben. Sie geben damit ein gutes Beispiel in schwerer Zeit.

Wofür bisher nur die Sozialversicherung zuständig war, das bewerkstelligen jetzt die Sozialpartner und die öffentlichen Kassen treten in eine flankierende Rolle zurück. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Festigung unseres Sozialstaates. Die Tarifpartnerschaft hat sich im Baubereich als problemlösungsfähig erwiesen. Mit der Schlechtwettergeldregelung und den Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit ist beiden Seiten geholfen. Der Bauwirtschaft ist mehr Spielraum gegeben, um von den Witterungsbedingungen unabhängiger zu werden und sich wechselnden Auftragslagen anzupassen. Die Bauarbeiter verschaffen sich ein ganzjährig gesichertes Einkommen. Die Lasten und Vorzüge tragen beide Seiten gemeinsam.

Am Vorbild der Sozialpartner in der Bauwirtschaft kann sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine dicke Scheibe abschneiden. Die BDA darf nicht ausgerechnet beim Entsendegesetz diejenigen im Stich lassen, die zur Lösung der Probleme mehr beitragen als diejenigen, die nur über Probleme reden und Krisen beschreiben.

Eckpunkte des ganzjährig gesicherten Einkommens am Bau

Ab Januar 1996 wird bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall zwischen dem 1. November und dem 31. März für 20 Ta-

ge oder 150 Stunden ein Überbrückungsgeld in Höhe von 75 Prozent des effektiven Stundenlohns plus zwei Mark netto je Stunde gezahlt. Ab dem 21. Tag wird eine staatliche Leistung in Höhe des bisherigen Schlechtwettergeldes gewährt und damit aus der Arbeitslosenversicherung solidarisch abgesichert.

An den vereinbarten bis zu 20 Ausfalltagen muß sich der Arbeitnehmer mit bis zu fünf Urlaubstagen beteiligen. Der Arbeitgeber erhält zur Finanzierung seiner Kosten 20 Prozent des Gesamttarif-Stundenlohns aus den Sozialkassen des Baugewerbes erstattet.

Vereinbart wurde auch eine bauspezifische Arbeitszeit mit 40 Stunden in der Sommer- und 37,5 Stunden in der Winterperiode. Außerdem wird die Arbeitszeit im Rahmen eines achtmonatigen Ausgleichszeitraums flexibilisiert, wobei die monatliche Mindestarbeitszeit 125 Stunden beträgt.

KAS: 30 Jahre Begabtenförderung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung feierte am 3. November das 30jährige Bestehen ihrer Begabtenförderung. Der Stiftungsvorsitzende, Günter Rinsche, hatte dazu ins Schloß Eichholz eingeladen. Den Festvortrag hielt der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers. Den mit 5.000 DM dotierten Bruno-Heck-Förderpreis verlieh der Vorstand der Altstipendiaten an Armin Kohnle und Michael Koop.

Die Pflegeversicherung

– Eine Zwischenbilanz –

Neun Monate nach Inkrafttreten der Pflegeversicherung und ein halbes Jahr nach Beginn der Leistungszahlungen zur häuslichen Pflege zeigt sich, daß die negativen Schlagzeilen und Prognosen zu Beginn der Leistungen sich nicht bewahrheitet haben und eine unverantwortliche Kampagne gegen die Pflegeversicherung waren.

Was ist bisher erreicht?

- 81 Millionen Menschen sind in den Versicherungsschutz einbezogen.
- 90 Prozent aller Anträge auf Leistungen der Pflegeversicherung zur häuslichen Pflege (das sind über eine Million Anträge) sind abgearbeitet und folgendermaßen zugeordnet:
 - ▶ ca. 31 Prozent in Pflegestufe I
 - ▶ ca. 27 Prozent in Pflegestufe II
 - ▶ ca. 13 Prozent in Pflegestufe III
 - ▶ in ca. 28 Prozent der Begutachtungsfälle lagen die Voraussetzungen für die Pflegebedürftigkeit nicht vor.
- Über eine Million Pflegebedürftige erhalten Leistungen aus der Pflegeversicherung.
- 700.000 Pflegebedürftige erhalten anstelle der bisherigen 400 DM von den Krankenkassen jetzt 800 DM oder Pflegesachleistungen bis zu einem Betrag von 1.800 DM monatlich.
- Etwa 100.000 Pflegebedürftige erhalten bereits jetzt Leistungen nach der Pflegestufe III, also 1.300 DM Pflegegeld oder Sachleistungen bis zum Werte von 2.800 DM monatlich.

- Ca. 200.000 Pflegebedürftige der Stufe I erhalten erstmals Leistungen, also 400 DM Pflegegeld oder 750 DM Sachleistungen.

- Auch den besonderen Belangen der Behinderten ist Rechnung getragen worden: Den größten Anteil in der Pflegestufe III machte die Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen aus, also junger behinderter Menschen.

Viele Bereiche sind reibungslos angelauten, z. B.:

- die Gründung der Pflegekassen, Schaffung der Satzungen und die Aufnahme des Betriebes;
- die Erfassung der Versicherten, die Abgrenzung zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung;
- die Information der Versicherten;
- die Einrichtung von Schulungslehrgängen für häusliche Pflegekräfte;
- der Beitragseinzug.

Finanzierung gesichert

Die Zahl der Leistungsempfänger bewegt sich im Rahmen der Schätzungen, so daß davon auszugehen ist, daß die erste Stufe der Pflegeversicherung mit den zu erwartenden 12 Milliarden DM Einnahmen solide finanziert ist.

Verbleibende Aufgaben in der Pflegeversicherung

Es kann nicht bestritten werden, daß es noch zahlreiche Aufgaben in der Pflegeversicherung gibt. Die Einführung eines neuen Sozialversicherungszweiges ist oh-

ne Schwierigkeiten in der Anfangsphase nicht denkbar. Es geht ja nicht nur um ein neues Gesetz, sondern es geht um ein neues Versicherungssystem mit vielen Besonderheiten und neuartigen Ausgestaltungen, die es bisher nicht gegeben hat:

- Klar begrenzte Leistungen
- Gesetzlich fixierter Beitragssatz
- Kompensation der Belastungen der Wirtschaft.

Ein zu großer Erwartungshorizont und falsche Vorstellungen über die Voraussetzungen und die Höhe der Leistungen haben zu zahlreichen unbegründeten Anträgen geführt, aber auch zu Unsicherheiten über die Ausgestaltung der Pflege – trotz intensivster Informationen seitens der Krankenkassen und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

In der letzten Zeit ist nach Beobachtungen des medizinischen Dienstes festzustellen, daß die Gruppe der Leistungsberechtigten zunimmt, die eine Kombination von Sach- und Geldleistungen in Anspruch nehmen. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen immer mehr die Möglichkeiten des Leistungssystems erkennen und die Wahl der Leistungen ihren individuellen Bedürfnissen genauer anpassen.

1. Übergangsweise Weitergewährung von Leistungen durch die Sozialhilfeträger

Viele Sozialhilfeträger haben vom 1. April 1995 an laufende Leistungen, die bisher den Pflegebedürftigen nach dem Bundessozialhilfegesetz zustanden, eingestellt, obwohl Leistungen der Pflegeversicherung noch nicht erbracht wurden, da über die Anträge bei den Pflegekassen noch nicht entschieden war.

Dieses Problem sollte mit einer von allen Bundestagsfraktionen vorgelegten Entschließung am 29. Juni 1995 gelöst sein:

Der Bundestag stellt klar, daß es dem Willen des Gesetzgebers entspricht, daß Pflegegeldempfänger nach dem Bundessozialhilfegesetz auch dann ihren Anspruch auf Leistungen erhalten, wenn sie nach dem neuen Pflegeversicherungsgesetz keinen Anspruch haben (Besitzstandswahrung).

2. Das sogenannte Arbeitgebermodell

Die Vertreter der Behinderten- und Betroffenenverbände stellten bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zur Ergänzung des Pflegeversicherungsgesetzes klar, daß das Arbeitgebermodell, bei dem Pflegebedürftige als Arbeitgeber ihrer Pflegekräfte auftreten, auf jeden Fall erhalten bleiben müsse. Es gibt zahlreiche Behinderte, die der Hilfestellung Dritter bedürfen, aber die Betreuung durch einen ambulanten Hilfsdienst oder ähnliche Einrichtungen aus Gründen der Selbstbestimmung ablehnen.

3. Investitionsfinanzierung

Die Länder haben die Investitionsfinanzierung der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen noch nicht sichergestellt, obwohl dies im Vermittlungsverfahren erklärter politischer Wille aller Beteiligten war.

4. Bundesempfehlungen, Qualitätssicherung, Vergütung

Empfehlungen zur Qualitätssicherung und zu den Vergütungen sind bislang noch in den Anfängen stecken geblieben. Es ist nicht gelungen, hier bundesweit zwischen den Kassen und den Leistungserbringern entsprechende Regelungen zustande zu bringen. Sie gestalten sich in der Praxis sehr viel schwieriger, als man das im Gesetzgebungsverfahren vorausahnen konnte, weil die Interessen der Pflegekassen und Leistungserbringer unterschiedlich sind.

Für die Vergütung der ambulanten Sachleistungen haben die Kassen ein neues Vergütungssystem entwickelt: Komplexleistungen für die häusliche Pflege. Dieser Ansatz ist richtig und sollte konsequent umgesetzt werden. Dabei muß allerdings der Vorstellung des Gesetzgebers, daß die örtliche Pflegestation zu den jeweiligen Komplexleistungen auch ein Preisangebot abgibt und daß man zwischen verschiedenen Leistungserbringern mit unterschiedlichen Preisen wählen kann, Rechnung getragen werden. Leider haben die Kassen es nicht zu örtlichen Preisverhandlungen kommen lassen, sondern sie haben sich, beispielsweise in Baden-Württemberg, damit begnügt, auf der Landesebene Einheitspreise zu vereinbaren. Dies ist nicht im Sinne des Gesetzgebers.

Je günstiger der Preis für einen Pflegeeinsatz ist, desto mehr hat der Pflegebedürftige von dem finanziell begrenzten Sachleistungsanspruch. Wenn der Einsatz nur 30 DM kostet, können mehr Einsätze eines ambulanten Pflegedienstes eingekauft werden, als wenn hierfür ein Preis von 60 oder 90 DM vereinbart worden ist. Je niedriger der Preis, desto geringer fällt die Selbstbeteiligung vieler Pflegebedürftiger und damit gegebenenfalls auch die Finanzierung von Pflegeeinsätzen durch die Sozialhilfe aus. In diesem Zusammenhang ist

es im übrigen zumindest überraschend, daß statt der bisher für einen Einsatz gezahlten 30 bis 40 DM plötzlich 60 oder 90 DM verlangt werden, nur weil es jetzt die Pflegeversicherung gibt. Die Forderungen erscheinen daher überzogen und können nicht akzeptiert werden.

Der Bundes-Pflegeausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung Ende September neben dem Begutachtungs-Verfahren mit Fragen der Vergütungsregelungen, der Beziehung verschiedener Leistungsträger untereinander, der Qualitätskontrolle sowie der Investitionsfinanzierung durch die Länder befaßt. Die Vorbereitungen zum Anlaufen der zweiten Stufe (Leistungen bei stationärer Pflege) waren ein weiterer wichtiger Teil der Tagesordnung. Die Teilnehmer waren sich einig, daß alles unternommen werden muß, um eine Wiederholung von Anlaufschwierigkeiten wie bei der Einführung der ambulanten Leistungen zu vermeiden. Der Bundes-Pflegeausschuß bildete deshalb Arbeitsgruppen zu den Fragen des Zusammentreffens von Leistungen der Pflegeversicherung, insbesondere mit der Sozialhilfe und zur Vergütung der stationären Leistungen. Diese Arbeitsgruppen werden unverzüglich ihre Arbeit aufnehmen.

„Schlanker Staat“: Sachverständigenrat nimmt Arbeit auf

Anläßlich der konstituierenden Sitzung des Sachverständigenrats „Schlanker Staat“ erklärten dessen Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Schulz, sowie Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Einen Schwerpunkt auf der innenpolitischen Agenda der Koalition für diese

Legislaturperiode bildet die intensive Arbeit rund um den Arbeitstitel „Schlanker Staat“. Der Sachverständigenrat steht vor einer „Herkules-Aufgabe“, die immer besonders dann schwierig wird, wenn sie auf Besitzstände sowohl im öffentlichen Dienst wie bei gesellschaftlichen Gruppen stößt. Dennoch geht kein Weg daran vorbei, mit liebgewonnenen Gewohnheiten zu brechen.

Rentenversicherung:

Heiraterstattung jetzt ausgleichen

Frauen, die sich vor 1968 ihre Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung wegen Heirat haben auszahlen lassen, können für den Erstattungszeitraum freiwillige Beiträge nachzahlen, sofern er nicht bereits mit Beiträgen belegt ist. Darauf hat jetzt das Bundesarbeitsministerium hingewiesen. Allerdings ist dieser Rücklauf nur noch bis zum 31. Dezember 1995 möglich.

Voraussetzung für die Beitragsnachzahlung ist allerdings, daß die Antragstellerin zur Zeit versicherungspflichtig oder zur freiwilligen Versicherung berechtigt ist und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Beamtinnen, die vor 1968 als Arbeiterin oder Angestellte versicherungspflichtig beschäftigt waren, müssen in der Zeit danach wieder die Mindestversicherungszeit von fünf Jahren zurückgelegt haben.

Fast 35 Mark Rente

Selbst wer seit damals nie mehr berufstätig war, kann unter Umständen noch einen Rentenanspruch erwerben, wenn z. B. Zeiten der Kindererziehung anrechenbar geworden sind und zusammen mit der Nachzahlung die Voraussetzungen für die Rente erfüllt werden. Pro Kind macht das immerhin fast 35 Mark Rente aus, für die keine Beiträge gezahlt werden müssen.

Für alle Monate, für die vor der Heiraterstattung Beiträge gezahlt wurden, kann nachgezahlt werden – zwischen dem Mindestbeitrag von 107,88 DM

pro Monat und dem Höchstbeitrag entsprechend der hier abgedruckten Tabelle. Die Nachzahlung ist in aller Regel

**Nachzahlungsfrist läuft
nur noch bis zum Ende des
Jahres 1995**

für die Beteiligten sehr günstig. Besonders günstig aber ist es, Beiträge für die frühen Jahre nachzuzahlen.

Monatliche Höchstbeiträge für:

1958 und früher: 139,50 DM

1959: 148,80 DM

1960: 158,10 DM

1961: 167,40 DM

1962: 176,70 DM

1963: 186,- DM

1964: 204,60 DM

1965: 223,20 DM

1966: 241,80 DM

1967: 260,40 DM

Selbst wer den Bescheid über die Beitragserstattung nicht mehr besitzt, kann die Nachzahlung beantragen. Die Bundes- bzw. Landesversicherungsanstalt wird in diesem Fall versuchen, die früheren Beitragszeiten zu ermitteln. Wichtig ist es in jedem Fall, den Antrag auf Nachzahlung bis zum 31. 12. 1995 zu stellen. Beratung erteilen neben der Bundesversicherungsanstalt und den Landesversicherungsanstalten auch die Versichertenältesten und die Gemeinden.

Rentenanpassung Ost und Beitragssatz 1996 bekanntgegeben

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat am 25. Oktober den Anpassungssatz für die Rentenanpassung in den neuen Bundesländern zum 1. Januar 1996 sowie den Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 1996 bekanntgegeben. Die Referentenentwürfe der entsprechenden Verordnungen wurden jetzt in Bonn vorgelegt.

Rentenanpassung

Die Einkommen entwickeln sich in den neuen Bundesländern auch weiterhin stärker als in den alten Bundesländern. Mit der nunmehr 11. Anpassung der Renten in den neuen Bundesländern zum 1. Januar 1996 wird der für das 1. Halbjahr 1996 in den neuen Bundesländern erwarteten Lohn- und Gehaltsentwicklung Rechnung getragen und ein Nettorentenniveau gesichert, das dem in den alten Ländern entspricht. Dies wird durch einen Anpassungssatz von 4,38 Prozent erreicht. In diesem Umfang steigen die anpassungsfähigen Rentenbeträge.

Die Eckrente (45 Versicherungsjahre mit Durchschnittsverdienst) in den neuen Bundesländern erreicht mit dieser Rentenanpassung rund 82,2 Prozent der Eckrente-West. Derzeit beträgt dieser Wert noch 78,8 Prozent. Die Eckrente steigt von rund 1.522 DM auf rund 1.589 DM/Monat. Die durchschnittliche verfügbare Versichertenrente für Männer und Frauen wächst auf rund 1.320 DM an. Am 30. Juni 1990 – dem Tag vor Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – betrug dieser Wert noch 475 Mark (Ost). Für den

Zeitraum vom 30. Juni 1990 bis zum 1. Januar 1996, also innerhalb von $5\frac{1}{2}$ Jahren, ergibt sich für die durchschnittliche Versichertenrente somit eine Steigerung auf 278 Prozent der damaligen Rentenhöhe.

Wie sich die Einkommenssituation der Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern seit dem 30. Juni 1990 verbessert hat, zeigt sich auch an den Rentenausgaben in den neuen Bundesländern. Betragen diese im Jahr 1989 noch 16,7 Mrd. Mark (Ost), wird sich dieser Wert 1996 auf 73 Mrd. DM belaufen. Dies entspricht einer Steigerung auf 437 Prozent.

Die Rentenanpassung zum 1. Januar 1996 führt zugleich dazu, daß die Renten auch real – also unter Berücksichtigung der Preissteigerungen – weiter steigen werden. Aus 100 Mark Rente zum 30. Juli 1990 werden nach heutigen Erkenntnissen im Januar 1996 (nach Abzug der Preissteigerungen) 170 DM. Das heißt: Das Renteneinkommen in den neuen Bundesländern wird seit 1990 real durchschnittlich um rd. 70 Prozent gestiegen sein.

Für die Renten aus der Alterssicherung der Landwirte für ehemalige Landwirte in den neuen Bundesländern ergibt sich ebenfalls eine Anpassung um 4,38 Prozent.

Gleichzeitig mit den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung steigen auch die Kriegssopferrenten in den neuen Bundesländern auf 82,2 Prozent der entsprechenden Renten in den alten Bundesländern.

Für die Geldleistungen aus der Unfallversicherung ergibt sich eine Anpassung um 4,34 Prozent. Der Unterschied beruht auf der systembedingten Nichtberücksichti-

gung der Belastungsveränderung der Renten durch Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge.

Beginnend mit der Rentenanpassung zum 1. Januar 1996 werden – wie dies gesetzlich vorgesehen ist – die Auffüllbeträge und Rentenzuschläge, die zu mehr als 2 Millionen Renten in den neuen Ländern gezahlt werden, bei jeder Rentenanpassung stufenweise mit einem Fünftel ihres Zahlbetrages, mindestens jedoch mit 20 DM, mit den Erhöhungsbeträgen aufgrund der Rentenanpassung verrechnet. Dabei ist gesetzlich sichergestellt, daß der vor der Rentenanpassung erreichte Gesamtbetrag nicht unterschritten wird. In Besitzstände der Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern wird also nicht eingegriffen.

Beitragssätze

Der Beitragssatz in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten steigt

zum 1. Januar 1996 von 18,6 Prozent auf 19,2 Prozent. In der Knappschaftlichen Rentenversicherung wird er nach 24,7 Prozent in diesem Jahr für das Jahr 1996 25,5 Prozent betragen. Die Beitragssätze sind damit wieder genauso hoch wie 1994. Die im Vergleich zu den Vorausschätzungen im Rentenversicherungsbericht 1995 etwas höheren Beitragssätze wurden insbesondere wegen der Änderung der Annahmen für die wirtschaftliche Entwicklung in 1995 und 1996 sowie wegen steigender Rentenausgaben, z.B. wegen der Kosten für Frühverrentungsmaßnahmen, erforderlich.

Eine stärkere Anhebung der Beitragssätze konnte durch ein Maßnahmenbündel zur Ausgabendämpfung vermieden werden. Hierzu gehören Einsparungen bei Leistungen zur Rehabilitation in Höhe von 500 Mio. DM sowie sowie Einsparungen bei den Verwaltungskosten in Höhe von 100 Mio. DM.

Gleichstellung nichtehelicher Kinder im Erbrecht befürwortet

Zur erbrechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder erklärten der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Geis und die Berichterstatter der Union im Rechtsausschuß, Wolfgang Götzer und Ronald Pofalla:

Nichteheliche Kinder sollen künftig auch im Hinblick auf das Erbrecht ehelichen Kindern gleichgestellt werden. Die Rechtspolitiker der Union haben Übereinstimmung dahingehend erzielt, den im Bundesministerium der Justiz erarbeiteten Gesetzentwurf grundsätzlich zu unterstützen.

Ausschlaggebend hierfür waren nicht nur die geänderten tatsächlichen Verhältnisse. Ebenso bedeutsam war die Tatsache, daß auf diesem Gebiet noch eine Rechtsungleichheit zwischen alten und neuen Bundesländern besteht und schließlich auch die Erwägung, daß es im benachbarten europäischen Ausland schon seit längerer Zeit ähnliche Lösungen gibt wie die nun angestrebte des vollwertigen Erbrechts.

Außerdem entspricht die völlige rechtliche Gleichstellung der Tendenz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Zu den jetzt vorgelegten Plänen gibt es keine vernünftige Alternative

Zur Diskussion um eine Strukturreform der Ausbildungsförderung erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur, der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul:

Bildungs- und Forschungspolitik stehen in der Bundesrepublik Deutschland vor großen Herausforderungen. Es muß uns gelingen, neue Spielräume zu eröffnen, um Innovationen in Deutschland möglich zu machen. Nur so können wir die Chancen neuer Technologien für mehr Beschäftigung nutzen und zugleich eine gesunde Lebenswelt erreichen. Unsere Bildungs- und Forschungspolitik ist hier besonders gefordert.

Der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen oft bemühte Ruf nach dem Staat kann nicht die alleinige Antwort auf die Fragen der Zukunft sein. Die Rückführung der Staatsquote und der bedrückend hohen Steuerlast müssen auf der Prioritätenliste an oberster Stelle bleiben, weil es uns nur so gelingen wird, Freiräume für die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu bekommen.

Als einen richtigen Schritt in diese Richtung begrüßt der Bundesfachausschuß „Bildung, Forschung und Kultur“ die Pläne des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie zur Strukturreform der Ausbildungsförderung.

In unseren Augen sprechen folgende Gründe wesentlich für diese Pläne:

1. Erhöhung der Zahl der Geförderten und der Förderung

Im vergangenen Jahr wurden 355 000 Studierende durch die Leistungen des Bun-

desausbildungsförderungsgesetzes gefördert. Dies entspricht einer Quote von 24 Prozent der Studierenden.

Mit dem jetzt vorgelegten Modell steigt sowohl die Höhe der Förderung als auch die Zahl der geförderten Studenten. Sie wird nunmehr bei deutlich auf über 30 Prozent liegen. Dies ist eine entscheidende Verbesserung, die gerade den Gruppen in der Studentenschaft zugute kommt, die diese Förderung dringend benötigen.

Auch weiterhin bleiben 50 Prozent der gewährten Mittel als Zuschuß erhalten! Die jetzt geplante Einführung von Zinszahlungen auf den Darlehensanteil der Förderung trägt der Tatsache Rechnung, daß es für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nicht tragbar ist, einer Bevölkerungsgruppe, die aufgrund ihrer Ausbildung über überdurchschnittliche Karriere- und Verdienstmöglichkeiten verfügt und die einem unterdurchschnittlichem Arbeitslosigkeitsrisiko unterliegt, über Jahre hinweg ein aus Steuermitteln finanziertes zinsloses Darlehen zu gewähren. In vielen Fällen wird nach den Berechnungen des Bundesministeriums die monatliche Belastung nicht erhöht werden, lediglich in einigen Extremfällen wird die monatliche Belastung auf maximal 299 DM steigen.

Darüber hinaus bleiben alle sozialen Regelungen, die heute im Bundesausbildungsförderungsgesetz festgelegt sind, erhalten. Die mehr als 100 000 BaföG-geförderten Schüler werden weiterhin nicht mit Zinsen belastet.

Die Untersuchungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Studierenden diese Leistungen sehr wohl zu schätzen wissen. Nur ein äußerst geringer Teil von 0,3 Prozent hat sich nach den Untersuchungen

aus den 80er Jahren seinerzeit von der Umstellung der Bafög-Förderung auf Volldarlehen von einer Aufnahme des Studiums abhalten lassen. Viel größere Bedeutung in den Augen der Studierenden spielen hingegen die Fragen der zukünftigen Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Von daher erscheinen uns die Vorwürfe gegen die jetzt vorgestellten Pläne, dieses Modell beinhalte einen Abschreckungseffekt, als nicht stichhaltig.

2. Finanzpolitischer Spielraum wird gewonnen

Die Vorschläge eröffnen Spielräume für dringend notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Hochschule und Wissenschaft. Alleine zwischen den Jahren 1996 und 1999 werden mit diesen Maßnahmen Mittel in einer Größenordnung von 1,6 Milliarden DM frei werden. Diese Mittel, die zum Teil – wie oben dargestellt – den Geförderten wieder zugute kommen, spielen eine wesentliche Rolle bei der Beschleunigung dringend notwendiger Reformmaßnahmen und bei der Verstärkung der Forschungsförderung sowie bei der Aufstockung der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“.

Darüber hinaus begrüßt der Bundesfachausschuß die Pläne des Bundesministers zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Sie stellen eine wesentliche Verbesserung der Weiterbildungschancen dar und sind ein längst fälliger Schritt in Richtung der Gleichbehandlung von beruflicher und akademischer Ausbildung. Sie können eine wichtige Voraussetzung dafür sein, auch in der beruflichen Bildung dem einzelnen die volle Entfaltung seiner Neigungen, Begabungen und Fähigkeiten zu ermöglichen.

Zu den jetzt vorgelegten Plänen des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rütt-

gers, gibt es gerade unter dem Blickwinkel der Frage der Finanzierbarkeit keine vernünftigen und durchdachten Alternativen. Sowohl das von der SPD als auch das von Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Modell einer Ausbildungsförderung ist unseriös und führt zu erheblichen Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte, je nach Modell zwischen 13 und 18 Milliarden Mark.

Dies ist seriös nicht zu finanzieren. Darüber hinaus erreichen sie in keinem Falle die Qualität der Förderleistungen, die das jetzt vorgelegte Modell des Bundesministeriums beinhaltet, ohne allerdings ihrerseits auf eine Verzinsung des Darlehens zu verzichten. Ebenso unakzeptabel sind die darin enthaltenen familienfeindlichen Elemente. Sie verschweigen, daß mit ihrer Realisierung die Studenten den Anspruch gegenüber ihren Eltern auf eine adäquate Ausbildung verlieren würden. Dies bedeutet nicht nur, daß das geltende Unterhaltsrecht ausgehebelt würde, sondern entwirft gleichzeitig ein Bild der Familie, das die CDU nie mittragen wird.



Bundesverdienstkreuz für Hajo Lübben

Für seine Verdienste um die Wiedervereinigung

wurde am „Tag der deutschen Einheit“ der Kreisgeschäftsführer der CDU im Kreis Herford, Hajo Lübben, ausgezeichnet. Im Rahmen einer Feierstunde im Wappensaal des Lübberner Schlosses würdigte Landrat Hartmut Linke (Dahme-Spreewald-Kreis) die langjährig vor allem ehrenamtliche Tätigkeit von Hajo Lübben und sagte ihm Dank und Anerkennung für seine Leistungen für Staat und Demokratie.

Mit Mut und Zuversicht in das 21. Jahrhundert

Auf ihrem 8. Landesparteitag hat die Sächsische Union ihren bisherigen Generalsekretär und Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Fritz Hähle, mit 87 Prozent der Stimmen zu ihrem Landesvorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, trat nicht mehr zur Wahl an.

Er begründete seine Entscheidung damit, daß die Erneuerung und der Aufbau der Landespartei inzwischen weitgehend abgeschlossen sei. Zugleich kämen jedoch jetzt neue, außerordentlich schwierige Aufgaben auf die Landesregierung zu. Ziel der neuen Arbeitsteilung ist es für Biedenkopf, sich voll auf die Position des Ministerpräsidenten konzentrieren zu können und damit die zusätzlichen Aufgaben, die sich inzwischen abzeichnen, angemessen erfüllen zu können.

Es sei gemeinsam sicher zu stellen, daß die Union auch in den kommenden Jahren die gestaltende politische Kraft in Sachsen bleibt. „... wir müssen es bleiben! Nicht nur, weil wir Macht wollen. Sondern weil wir zur Zeit die einzige politische Kraft im Lande sind, der man politische Verantwortung guten Gewissens übertragen kann“, bekräftigte Biedenkopf. Als Ministerpräsident der CDU ist er satzungsgemäß stimmberechtigtes Vorstandsmitglied.

Der neu gewählte Vorsitzende hat den Landtagsabgeordneten Steffen Flath (38) aus Annaberg-Buchholz als neuen Kandidaten für den Generalsekretär vorgeschlagen, der durch die zuvor einstimmig beschlossene Satzungsänderung diesen Titel rechtmäßig tragen darf. Flath wurde durch

den Parteitag mit 85,4 Prozent der Stimmen gewählt.

Von ihm geht die Botschaft ins Land, alle Mitglieder, Freunde und Interessenten an der Zukunftsdiskussion zu beteiligen, die auf diesem Parteitag durch den Leitantrag: „Aufgaben und Herausforderungen für die Politik der Sächsischen Union an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ auf den

Der 8. Landesparteitag der Sächsischen Union in Pirna legte den personellen und inhaltlichen Grundstein für die Zukunft.

Weg gebracht wurde. Der neugewählte Vorsitzende, Fritz Hähle, bat in seiner Rede eindringlich: „... bevor wir den Sprung in die Zukunft wagen, sollten wir innehalten und den eigenen Standort bestimmen und uns auf unsere christlichen Wurzeln, unsere Tradition und Kultur besinnen. Wir brauchen dringend eine Aufklärung über den Zusammenhang der christlich-abendländischen Kulturtradition mit Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Ich bin inzwischen fest davon überzeugt, daß wir nur aus diesen Wurzeln heraus Zukunft gewinnen und Zukunft vermitteln können.“

Von den fünf Kandidaten, für die drei weiteren Stellvertreter wurden zwei Frauen neu ins Amt gewählt, Rita Henke, MdL, und Christine Weber, MdL. Mit dem zweitbesten Stimmresultat wurde Volker

Staat und Kirche stehen unter den Maximen desselben Ethos

Staat und Kirche haben für den ethischen Grundkonsens in Deutschland eine gemeinsame Verantwortung. Das hob Bundeskanzler Helmut Kohl vor der 35. Bundestagung des EAK im Augustinerkloster in Erfurt hervor.

Kirche und Staat stehen unter den Maximen desselben Ethos: „Jeder – ob Politiker, Unternehmer oder Bischof – muß sein Tun immer wieder darauf prüfen, ob er damit vor Gott bestehen kann.“

Zuvor hatten die Delegierten den seit zwei Jahren amtierenden Bundesvorsitzenden, Jochen Borchert, bei einer Gegenstimme einmütig wiedergewählt. Unter den 22 Vorstandsmitgliedern werden künftig 9 Frauen sein: „Wir haben auch ohne Quotenbeschluß erreicht, daß die Leitung des

EAK aus Jüngeren und mehr Frauen besteht“, betonte Jochen Borchert.

Die von über 700 Teilnehmern besuchte Bundestagung beschäftigte sich in zwei Arbeitskreisen mit dem Diskussionspapier der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“.

Nachdrücklich verwies Jochen Borchert darauf, daß sich der EAK nach der Wende 1990 bereits zum zweiten Mal zu einer Bundestagung in den neuen Ländern trifft: „Begegnungen sind die Voraussetzung der inneren Wiedervereinigung unseres Volkes, und darum müssen sie in viel größerem Maß stattfinden, als es bisher geschieht.“

Helmut Kohl: „Es gehört für mich zu den großartigen Erträgen der Deutschen Einheit, daß der EAK heute an einem Ort wie diesem tagen kann.“

Schimpff, MdL, erneut in seiner Stellvertreterposition bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurde der Schatzmeister, Stephan Reber, MdL, mit 89,8 Prozent.

Der neue Landesvorstand besteht zu einem Drittel aus Neumitgliedern. In die 26 zu besetzenden Mandate wurden sieben Frauen gewählt.

Neben dem Leitantrag und den dazugehörigen sechs Ergänzungsanträgen wurden weitere 36 Sachanträge auf dem Parteitag behandelt. Hinzu kamen zehn Initiativanträge.

„Die Einheit ist gelungen“, unterstrich der scheidende Vorsitzende Kurt Biedenkopf erneut auf diesem Parteitag. Er machte

aber zugleich auf die vor uns stehenden großen Probleme aufmerksam, deren Lösungen erst noch gefunden werden müssen. Dazu gehört die Erhaltung des Solidarpakts, neue Ideen bei der Verteilung der Arbeit angesichts ausländischer Konkurrenz und nicht zuletzt eine dringend notwendige, klare Auseinandersetzung mit dem Sozialismus. Menschen seien verführbar, wenn sie Not leiden. „Wir müssen uns als diejenigen bekennen, die das, was nach 45 Jahren Unterdrückung erreicht wurde, mit Zähnen und Klauen verteidigen und für ihre Kinder und Enkel sichern wollen: Die Freiheit, die soziale Gerechtigkeit, die Rechtsstaatlichkeit in einem freien Europa.“

Deutschlandtag in Fulda:

„Bock auf Multimedia“ – die junge Generation will schnelle Datennetze

„Ganz hervorragender Leitantrag“, lobten nicht nur die Podiumsgäste des Forums „Telekommunikation von morgen“. Die Junge Union Deutschlands habe in ihrem 16seitigen Papier die Chancen und Unsicherheiten durch eine zunehmende Technisierung der Gesellschaft erkannt und konkrete Interventionen erarbeitet.

Nach der Beratung schnellten die Ja-Karten der 312 Delegierten hoch: Mit überwältigender Mehrheit nahm der Deutschlandtag, das höchste Gremium der CDU/CSU-Nachwuchsorganisation, am vergangenen Wochenende in Fulda den optimistischen Leitantrag an, der das Motto des Kongresses trägt: „Jugend on line - An der Schwelle in die globale Informationsgesellschaft“.

Über 20 Delegierte meldeten sich zu Wort, als der Initiativantrag gegen das Frauenquorum eingebracht wurde. Nach einer strittigen und emotionsgeladenen Debatte spricht die Junge Union noch klarere Worte als die Delegierten des Parteitages in Karlsruhe: Rund 80 Prozent der Jungunionisten lehnten die Quote ab. Sie wollen auf den Deutschlandtagen auch in Zukunft nicht mehr über dieses Thema debattieren. Statt dessen halten sie vehement an den 1993 beschlossenen Richtlinien zur Frauenförderung fest. „Wir packen das auch ohne Quotenregelung“, so die Thüringer JU-Landesvorsitzende Ute Kargen. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher, bedauerte das Ergebnis. Er sagte: „Jetzt müssen die Quorumgegner beweisen, daß sie Frauen auch ohne an-

fängliche Reglementierung für die zukünftige Parteiarbeit begeistern können.“

„Die Multimedia-Entwicklung ist für uns eine große Herausforderung“, unterstrich Klaus Escher die inhaltliche Bedeutung des Deutschlandtages 1995. Darum müsse sich die CDU, die Bundesregierung und der Bundestag „endlich ernsthafter und positiver“ mit Multimedia befassen. Es komme nicht nur darauf an, das Gute und das Schlechte neuer Techniken zu erkennen, sondern der Mensch müsse diese auch vernünftig nutzen und zuversichtlich die anstehenden Probleme lösen. Escher: „Andere steigen aus und lassen die Dinge laufen, wir steigen ein und wollen steuern.“

Ein großer Erfolg

In ihrem Leitantrag fordert die JU „Hochgeschwindigkeits-Kommunikationsnetze“, die die Regierungsinstitutionen, Universitäten, Schulen, öffentliche Verwaltungen und die Privatwirtschaft verbinden sollen.

Die Debatte rund um Multimedia war für die Junge Union ein großer Erfolg. Sie gibt einen wichtigen Impuls in den mit 157.000 Mitgliedern stärksten politischen Jugendverband Deutschlands, der zu weiteren Diskussionen bis hin zur Ortsverbandsebene führt. Die Junge Union wird nach dem Deutschlandtag noch intensiver auf vernetzten Informationsaustausch setzen sowie das Internet und Mailboxen nutzen, versprachen Georg Fahrenschoen aus München, stv. JU-Bundesvorsitzender, so-

Kurt-Dieter Grill: Anschläge auf die Bahn sind sinnlose Verbrechen

Die neuerlichen Anschläge auf die Deutsche Bundesbahn in Niedersachsen sind als üble Verbrechen und bewußte Gefährdung von Menschenleben zu verurteilen. Die kriminelle Energie dieser Anschläge muß entschiedener bekämpft werden.

Ich fordere den Niedersächsischen Innenminister auf, analog zu früheren Ereignissen dieser Art in den achtziger Jahren, eine Sonderkommission einzusetzen. Die Gewalt muß präventiv bekämpft werden.

Die Ablehnung der Kernenergie gibt weder moralisch noch juristisch den Hauch einer Rechtfertigung für diese

Gewalt gegen Unbeteiligte

üblen Machenschaften. Die wahllose Gewalt gegen Unbeteiligte ist verächtlich gegenüber Menschen. Wer angeblich für das Recht auf unversehrtes Leben kämpft und zu solchen Methoden greift, macht deutlich, daß sein politisches Ziel nicht die Kernenergie, sondern der Staat in seiner Gesamtheit ist.

wie Karin Kleinschrodt und Patrick Warning (beide JU-Bundesvorstand). Die drei leiteten die Arbeitsgruppe Leitantrag.

In seiner Rede rief Bundespostminister Wolfgang Bötsch MdB (CSU) die Deutschen auf, die neuen Informations- und Kommunikationstechniken anzunehmen und weiterzuentwickeln. Er betonte: Wer den Wirtschaftsstandort sichern und neue Arbeitsplätze in den künftigen Informationszweigen schaffen wolle, der müsse „den Mut aufbringen und eingefahrene Gleise verlassen“.

„Drei bis vier Millionen neue Arbeitsplätze in der Europäischen Union können nur dann entstehen, wenn die Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationstechnik verbessert werden“, sagte Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers vor dem Plenum. Rüttgers verlangte in Fulda eine Novellierung des Medienordnungsrechts und des Datenschutzgesetzes, mehr Chancen für private Betreiber von Telekommunikationsnetzen und die konsequente Beteiligung der Entwick-

lungsländer am technologischen Kommunikationsfortschritt.

Die Junge Union befürchtet, daß bei Öffnung des Telekommunikationsmarktes nicht alle Anbieter von der gleichen Startlinie ins Rennen gehen. Wenn den privaten Anbietern vor Netzen und elektronischen Dienstleistungen keine Chancengleichheit und Investitionssicherheit eingeräumt werde, „können wir den freien Markt vergessen“. Für eine anfängliche Bevorteilung der Newcomer (asymmetrische Regelung) und eine in 1996 frühzeitige Lizenzvergabe machten sich die Jungunionisten stark. Escher vermutete eine nur halbherzige Privatisierung der Telekom AG seitens der Regierung: „Unsere Aufgabe lautet Deregulierung der Telekommunikation und nicht: Rettet die Telekom!“

Eine strittige Konfrontation zwischen Vertretern des ehemaligen Monopolisten Telekom und Privat Anbietern wie beispielsweise der Vebacom GmbH oder der RWE Teliance AG gab es nicht, obwohl sich kontroverse Wortgefechte in einem der vier Foren angeboten hätten. ■

Frau & Politik 5/95

„Der Zukunft wegen: anders leben“

Es gibt Themen, die liegen weltweit in der Luft. Und so verwundert es denn auch kaum, daß im Abstand von nur drei Tagen der Öffentlichkeit zwei Studien vorgestellt wurden, die sich sowohl national als auch international mit Problemen unserer Umwelt auseinandersetzen.

Die vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie vorgelegte Umweltstudie „zukunftsfähiges Deutschland“ fordert eine „Ethik der Genügsamkeit“ und eine ökologische Umgestaltung unseres Landes zu einer umweltfreundlichen Gesellschaft, die vor allem weniger verbraucht. Statt Ex- und Hopp-Waren müßten langlebige, reparaturfähige und wiederverwertbare Qualitätsprodukte verwendet werden. Ein sparsamerer, bescheidenerer Lebensstil bringe gleichzeitig mehr Lebensqualität.

Die Studie der zwischenstaatlichen Kommission zum Klimawandel (IP-CC), deren Ergebnisse in Washington veröffentlicht wurden, warnt vor dramatischen Klimafolgen in den nächsten hundert Jahren. Aufgrund der Ergebnisse von Wissenschaftlern aus 30 Ländern sagt der Bericht eine durchschnittliche Erwärmung der Erdtemperatur bis zum Jahre 2100 um 1,3 bis 3,3 Grad vorher. Verlangsamt werden kann dieser Prozeß nur, wenn die Emission von Kohlendioxid (CO₂) und anderen Gasen nicht weiter zunimmt. Dazu müßte

die Nutzung von Kohle, Ölen und Benzin stark eingeschränkt werden und eine wirksamere Energieverwertung sowie neue Verfahren zur Rückhaltung der Abgase hinzukommen.

Wir alle wissen es ja längst: Wir müssen „anders leben, der Zukunft wegen“, wollen wir nicht unseren Kindern und Enkelkindern Probleme hinterlassen, die wir selbst nicht mutig genug angegangen sind. Mit ihrem Grundsatzprogramm hat die CDU Wege aufgezeigt zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Daß die Bundesrepublik bereits heute in vielen Bereichen Vorreiter im Umweltschutz ist, wird inzwischen über die Grenzen hinweg anerkannt. Dennoch bleibt noch viel zu tun.

Der Bundesdelegiertentag der Frauen-Union am 4./5. November 1995 in Bonn will mit seinem Leitansatz „Der Umwelt verpflichtet: Wege zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft“ eine breite Diskussion in der Frauen-Union anstoßen. Sie soll vor Ort mit Interessierten und Experten, in Umweltgruppen und Verbänden, in der Politik und der Wirtschaft fortgesetzt werden.

Lesen Sie in der neuen Ausgabe von „Frau & Politik“, in welcher Weise Frauen zur Auseinandersetzung mit Fragen der Umwelt herausgefordert sind.

Erfolgreiche Zwischenbilanz der Mitgliederwerbeaktion in Landau

Die Zahlen in der Mitgliedskartei des CDU-Ortsverbandes Landau-Stadt sahen zu Anfang dieses Jahres nicht besser oder schlechter aus als in anderen Verbänden. Doch eines war klar: Der jährliche Abgang an Mitgliedern mußte ausgeglichen werden.

Deshalb faßte der Vorstand den Beschluß, eine Mitgliederwerbeaktion durchzuführen. Und damit diese Aktion ein Erfolg werden konnte, war die gründliche Vorbereitung für alle Beteiligten ein absolutes Muß.

Adressensammlung

Erster und wichtigster Schritt war die Adressensammlung. Zuerst schrieb die Ortsverbandsvorsitzende Traudl Roth alle CDU-Mitglieder mit der Bitte an, ihr Personen zu benennen, von denen man wußte oder annahm, daß sie der CDU nahestehen. Des weiteren wurden aus Spendenlisten, Listen von vergangenen Mitgliederwerbeaktionen, Umfragen usw. Adressen gesammelt. Diejenigen CDU-Mitglieder, die auf das Schreiben von Frau Roth nicht reagierten, waren Zielgruppe einer Telefonaktion, bei der weitere Adressen gewonnen werden konnten. Schließlich lagen 100 „echte“, d. h. qualitativ gute Adressen vor.

Die CDU-Beauftragten

Der zweite Schritt war die Gewinnung von CDU-Mitgliedern, die als CDU-Beauftragte die Kontaktgespräche mit dem ausgewählten Personenkreis führen sollten. Frau Roth konnte 7 CDU-Mitglieder in Landau für diese Aufgabe gewinnen. Im Rahmen eines Mitgliederwerbeseminars, das ein Referent der CDU-Bundesgeschäftsstelle durchführte, erhielten die Be-

auftragten wertvolle Tips für ihren Einsatz. Das Seminar beinhaltete organisatorische Hinweise für die Beauftragten, Gesprächsaufbau, Einwandargumentation und praktische Gesprächsschulung. Im Anschluß an das Seminar erhielten die Beauftragten die Adressen und ein Schreiben des Kreisvorsitzenden an den von ihnen zu betreuenden Personenkreis, in dem ein Besuch angekündigt wurde, zum Versand.

- Planen Sie eine Mitgliederwerbeaktion in Ihrem Verband und möchten sich Anregungen dafür holen?
- Interessiert Sie unser Schulungsangebot für Aktionsleiter Mitgliederwerbung?

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle berät Sie gerne bei der Planung und Durchführung Ihrer Aktion. Rufen Sie uns an: (0228) 544-378

Anfang September fiel der Startschuß für die Werbegespräche der CDU-Beauftragten. Bis Mitte Oktober sind mit 70 von den ausgewählten 100 Personen Gespräche geführt worden. Das Ergebnis war hervorragend: 18 Personen entschlossen sich während des Gesprächs für eine CDU-Mitgliedschaft, weitere 6 Personen meldeten ihr Interesse an einer Mitgliedschaft an. Traudl Roth ist überzeugt, daß nach den noch zu führenden Gesprächen weitere Bürgerinnen und Bürger als Neumitglieder begrüßt werden können.

Daß diese Mitgliederwerbeaktion so erfolgreich lief, ist dem persönlichen Engagement von Traudl Roth und dem Vorstand der CDU-Landau sowie allen Beteiligten zuzuschreiben. ■

Suche nach Sicherheiten

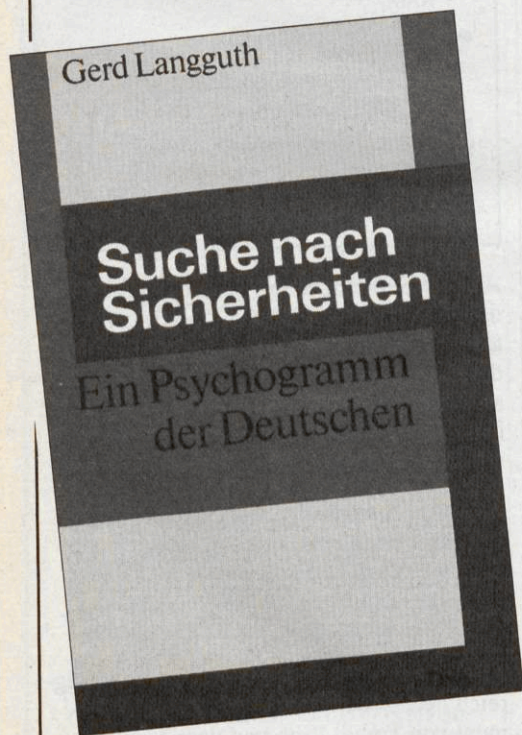
Gerd Langguth: Suche nach Sicherheiten. Ein Psychogramm der Deutschen. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1995. 312 Seiten. 42 Mark – ISBN 3-421-05002-3

Deutschland ist das einzige Land der Welt, in dem zwei tiefgreifende Umformungen gleichzeitig ablaufen: im Westen ein Modernisierungsprozeß, im Osten der Übergang von einer Kommandowirtschaft in eine marktwirtschaftliche Ordnung. Die

Deutschen sind auf der „Suche nach Sicherheiten“, so der Titel des Buches von Gerd Langguth, das eine politisch-philosophische Standortbeurteilung liefert.

Niemand konnte erwarten, daß das Zusammenwachsen Deutschlands ohne starke Reibungen verlaufen würde. Die dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen im Osten und Westen Deutschlands, die in diesem Buch durch zahlreiche Schaubilder und Umfragen belegt werden, verweisen zugleich darauf, daß die Welt komplexer geworden ist und das Gefühl von Unsicherheit zunimmt. Die neue Vielfalt der Lebensstile verstärkt diese Unsicherheiten des einzelnen. Obgleich erstmals seit vielen Jahrzehnten in Deutschland Demokratie, Staat und Nation als eine Identität zusammenrücken und Orientierung bieten könnten, bleibt es bei der Erkenntnis: Die Deutschen können der Last der Geschichte nicht entfliehen. Zugleich aber lehren die geschichtlichen Erfahrungen, daß europäische und deutsche Identität kein Gegensatz mehr sind.

Die Hauptkapitel des Buches lauten: Wertewandel und Jugend in Deutschland; Einstellung der Deutschen zur Politik; die Deutschen und ihre Nation; die ökonomische Herausforderung des wiedervereinigten Deutschland; Deutschland in der internationalen Politik. Das Buch rundet sich zu einem politischen Psychogramm der Deutschen.



Der schwierige Weg zur Freiheit

Christoph Böhr: Der schwierige Weg zur Freiheit. Europa an der Schwelle zu einer neuen Epoche. 2. verbesserte und erweiterte Auflage. Bonn. Bouvier Verlag 1995. 202 Seiten. 36 Mark. ISBN 3-416-02593-8.

Europa befindet sich im Umbruch, an der Schwelle zu einer neuen Epoche. Die Ereignisse des Jahres 1989 und ihre dramatischen Folgen werden den Deutschen erst allmählich bewußt.

Der Weg von der Befragung zur Freiheit ist lang und der Ausgang der Revolution, die 1989 begann, noch offen. In allen Teilen Europas stehen die Menschen fassungslos vor der neuen Freiheit. Deshalb stellt sich die Herausforderung einer Erneuerung des politischen Denkens den West-, Mittel- und Osteuropäern in vergleichbarer Weise. Die Suche nach einer neuen Ordnung der Freiheit läßt sich nur gesamteuropäisch bewältigen: Im Kern hängt alles davon ab, ob es gemeinsam gelingt, ein neues Gleichgewicht zwischen persönlicher Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung zu finden.

Die Konzeption der Verantwortungsgesellschaft weist den Weg zur Bewältigung der ökonomischen und moralischen Folgen des europäischen Umbruchs. Sie beschreibt das Ziel eines Umbaus unseres Sozialstaates zugunsten von mehr Treffsicherheit, größerer Gerechtigkeit und geringerer Mißbrauchsanfälligkeit.



Der Autor plädiert für eine neue Aufbruchstimmung in den Köpfen der Deutschen, eine Infragestellung von Tabus und Besitzständen sowie eine neue Verbindung von Eigennutz und Gemeinwohl im Ordnungsrahmen einer freiheitlichen Gesellschaft.

Eindringlich wird den Deutschen vor Augen geführt, daß der Aufbau einer Verantwortungsgesellschaft eine gesamteuropäische Aufgabe ist und eine Umgestaltung auch der Politik in Deutschland dringend erforderlich macht.

Bestellschein

--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

Kleine Geschichte der CDU

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Herrn Geiser
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

CDU-Verband

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Telefax (02 28) 5 44-3 72

Ja, ich bestelle:

.....Expl. **Kleine Geschichte der CDU**

zum Preis von 14,90 DM/je Expl. inkl. MwSt., zzgl. Versand

Datum,

Unterschrift



Kleine Geschichte der CDU

Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Verantw. Red.:

*Felix Becker. Stuttgart:
Deutsche Verlags-Anstalt 1995.
320 Seiten ISBN 3-421-05018-x*

Die Geschichte der CDU ist mit der Geschichte des demokratischen Neubeginns in Deutschland aufs engste verbunden. Unmittelbar nach Kriegsende aus einer spontanen Gründungswelle hervorgegangen, machte sie eine erstaunliche Karriere und gilt heute, fünfzig Jahre

nach ihrer Gründung, als die erfolgreichste Regierungspartei Europas.

Die vorliegende „Kleine Geschichte der CDU“ wendet sich an einen breiten Leserkreis, um als erste Gesamtdarstellung in knapper Form einen Überblick über Entstehung und Entwicklung von den Anfängen bis heute zu geben.

Bestellungen zum Aktionspreis von **14,90 DM** bitte ausschließlich mit dem o. a. Bestellschein.

Klein- und Sympathie-Werbemittel



- **CDU-Mikrofonwindschutz**
Bestell-Nr.: 9088
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 29,- DM



- **Baumwolltragetasche**
Bestell-Nr.: 9388
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 25,- DM



- **Einkaufchip**
Bestell-Nr.: 9070
Verpackungseinheit: 60 Expl.
Preis je 60 Expl.: 45,- DM



- **CDU-Schlüsselanhänger**
Bestell-Nr.: 9961
Verpackungseinheit: 40 Expl.
Preis je 40 Expl.: 42,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 1164
33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



● **CDU-Fahne**

Bestell-Nr.: **0094**

Verpackungseinheit: 1 Stück.

Preis je Fahne: 69,- DM

zzgl. MwSt. und Versand

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 1164

33759 Versmold • **Fax (0 54 23) 4 15 21**

UID

34/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:**
Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** ~~WV~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.